

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugungspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 1. Dezember 1928

Nummer 96

## Die Lebensdauer des Kapitalismus

Mag die politische Geschichte bestimmte Zäsuren (Einschnitte) kennen, so fehlen in der Wirtschaftsgeschichte, wo alle Übergänge allmählicher und verfließender sind, die kalendernmäßig festgelegten Daten. Wenn dennoch Entwicklungsstufen der Wirtschaft seit je konstruiert worden sind, so deshalb, weil solchen Konstruktionen trotz aller Abweichung von der geschichtlichen Wirklichkeit eine doppelte Bedeutung zukommt: Sie haben einen Ordnungswert und haben einen Erkenntniswert. Der Ordnungswert ist dadurch gegeben, daß in dem unablässigen Fluß des historischen Geschehens gleichsam feste Pfeile eingerammt werden, wodurch der sonst schwer übersehbare Stromlauf in begrenzte Abschnitte von größerer Anschaulichkeit zerlegt wird; während ihr Erkenntniswert darin besteht, daß durch die Art der Benennung, das für die betreffende Epoche charakteristische Gestaltungs-symptom herausgehoben und so der betrachtende Blick von vornherein auf die maßgeblichen Entwicklungsansätze konzentriert wird: Für die sich aus der einfachen Verkehrswirtschaft herausbildende kapitalistische Wirtschaft ist die Einteilung in Früh-, Hoch- und Spätkapitalismus zu allgemeiner Anwendung gelangt. Maßgeblich bei einer solchen Einteilung in Entwicklungsstufen ist, daß die Spätphase einer Entwicklung von der kommenden künftigen Entwicklungsstufe aus gesehen deren Frühphase darstellt, indem jeweils die Spätphase die Keime und ersten Ansätze der neuen Ordnung entstehen und zur Reife kommen läßt.

Über dem Kapitalismus liegt Abendstimmung, das ist heute die allgemeine Empfindung. So sehr auch alle zeitlichen Mutmaßungen auseinandergehen, daß der Kapitalismus seine Zenithöhe erklommen und daß er sich nunmehr auf absteigender Kurve bewegt, ist die auch von den Freunden und Befürwortern dieses Systems zugestandene Ansicht. Im günstigsten Falle glaubt man an eine Verlagerung der Achse von Europa nach Amerika (oder auch zu den farbigen Völkern herüber), wobei immerhin das System als solches gerettet werden könnte. Doch überwiegen die Untergangstheorien, die darin übereinstimmen, daß sie das Schicksal des Kapitalismus als besiegelt ansehen, auch wenn sie den Stoß von verschiedener Seite geföhrt empfinden.

Es lassen sich vier Gruppen bilden, in die sich die einzelnen zum Thema Ausgang des Kapitalismus vorgebrachten Theorien zusammenfassen lassen. Die Absterbetheorien lassen den Kapitalismus mit dem Hinschwinden seiner Stoffbasis und dem unaufhaltsamen Fallen des Kapitalprofits eines natürlichen Todes an Auszehrung sterben. Daburc, daß in den Ländern, die bisher Rohstoffe und Lebensmittel für die kapitalistischen Industrieländer exportierten, die Eigenindustrialisierung um sich greift, gerät die hochentwickelte Industriewirtschaft der Ursprungsländer des Kapitalismus in ein ständig sich verschärfendes Mißverhältnis zur verbleibenden Rohstoff- und Lebensmittelfuhr. Ein Schrumpfungsprozess wird einsetzen, ein Prozeß der Rückbildung und Verbaueung, bis der voreilige Überindustrialismus sich in seine natürlichen Grenzen zurückgefunden hat. Diese Theorie überseht, daß Neuindustrialisierung zwar zu Verlagerungen innerhalb der Weltwirtschaft führen kann, was aber nicht zu einer Abmontage der Weltwirtschaft Anlaß zu geben braucht, so daß aus dieser Ursache der Sargdeckel noch nicht über Europa zuschnappt.

Die Umwandlungstheorien unterwerfen den Kapitalismus einer technischen Umformung, oder sie stellen ihn vor die Konkurrenz überlegener, nichtkapitalistischer Wirtschaftsformen. Sie gehen aus von der zunehmenden Auflösung des kapitalistischen in

einen genossenschaftlichen bzw. gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsbetrieb. Der Staat legt die Hand auf die Wirtschaft und überführt sie in seine Regie. Genossenschaftliche Bindungen, wie sie ein Robert Owen, ein Charles Fourier, ein Louis Blanc, ein Ferdinand Lassalle erstrebten, graben dem Kapitalismus das Wasser ab, indem sie ihm die Produktionskraft entziehen. Auf der Grundlage des organisierten Konsums wird eine soziale Produktion entfaltet, eine Versorgungswirtschaft heraufgeführt und damit die Profitwirtschaft zurückgedrängt.

Eine dritte Gruppe von Untergangstheorien geht davon aus, daß der Kapitalismus aus innerer Gefekmächtigkeit seinem Zusammenbruch entgegensteht. Mag dieser Zusammenbruch nun als Katastrophe vorgestellt werden, vollzogen im einmaligen revolutionären Akt, oder als eine schrittweise erfolgende Auflösung in ein Wirtschaftssystem grundsächlich anderer Art. Der Kapitalismus zielt nach Marx, der diese Theorie in unfer Bewußtsein gebracht hat, hin auf die eigne Selbstaufhebung, indem seine Basis ständig schmaler wird, währenddessen die gegen seinen Bestand gerichteten revolutionären Kräfte zunehmen an Umfang, Stärke, Bewußtheit und Organisation. Immer mehr — wenn hierbei auch die glühenden Farben eines gigantischen Weltenbrandes für den Ausgang des Kapitalismus zurückgestellt werden — reißt die kapitalistische Ordnung durch grundlegende Strukturwandlungen in die sozialistische Ordnung hinein. Das bedeutet nicht unter allen Umständen und nicht einmal mit Härter Währscheinlichkeit eine Liquidation ohne alle Gewaltanwendung (auch die Natur kennt in ihrem Haushalt die Funktion der Gewalt). Betont aber wird, daß die Gewalt nur engstirnige und eigenlächtige Widerstände brechen und überjährige Reste aus dem Wege räumen kann, daß es den Sprung von einer Gesellschafts- und Wirtschaftsform in die andere als geschichtliche Erfahrungstatsache nicht gibt. Nichts enthebt deshalb der Verpflichtung, die gegenwärtigen Zustände erobernd und umbildend in fortgesetztem Angriff und in unablässiger Gegenwehr an die sozialistische Erfüllung heranzuföhren. Soziale Revolutionen sind Prozesse und nicht einmalige Aktionen. Zwischen Kapitalismus und Sozialismus liegt ein Übergangsland, in politischer Hinsicht charakterisiert durch die dem Gegner zugunsten der Arbeiterschaft abgezwungene Anteilnahme an Staatsregierung und Staatsverwaltung, in ökonomischer Hinsicht durch Errichtung der Wirtschaftsdemokratie, in rechtlicher Hinsicht durch soziales Arbeitsrecht. Es ist die geschichtliche Mission der Wirtschaftsdemokratie, neben das Gemeinwesen Staat das erste im Werden begriffene Gemeinwesen Wirtschaft zu setzen, neben gleichberechtigtes Staatsbürgertum gleichberechtigtes Wirtschaftsbürgertum zu stellen. War bisher der Eigentümer alleiniger Träger der Wirtschaft (wie einmal in der Politik der absolute Monarch alleiniger Träger des Staatswillens war), so tritt jetzt der arbeitende Mensch mit gleichberechtigten Ansprüchen neben den bestehenden. Fußt drüben die Berechtigung im Besitzrecht, so hier im Recht der Arbeit. In seinem Verwitterungsprozeß durchseht sich der Kapitalismus mehr und mehr mit sozialistischen Elementen. Die Eroberung des demokratischen Staates durch die arbeitenden Massen geht der wirtschaftlichen Neugestaltung voraus und seht erst die Mittel ihrer Verwirklichung frei. Nicht Ansturm von außen ist die Parole, sondern Durchdringung und Weiterentwicklung von innen her. Es ist nicht nur die Aufgabe der Abrechnung am Endtage, es ist alle Tage die Aufgabe zunehmender Verwirklichung des Sozialismus gestellt. Denn Sozialismus ist beides: Fernziel und täglicher Kraftseinsatz. Dabei ist festzuhalten, daß es sich bei der Überführung des Kapitalismus in

den Sozialismus nicht primär handelt um eine andre und gerechtere Verteilung des heutigen Einkommens-ertrages, sondern um eine vollkommenerere Produktionsordnung, um eine rationellere Verteilung von Produktionskapital und Arbeitskraft. Es gilt nicht, die kapitalistische Armut in anderer Weise aufzuteilen, es gilt zuvor, den Reichtum der sozialistischen Gesellschaft zu organisieren.

Berlin.

Dr. Ernst Kölling.

## Zum Kampf in der Eisenindustrie

Trotz der gegen die Unternehmer ausgefallenen Entscheidung des Duisburger Landesarbeitsgerichts wollen diese unter keinen Umständen einlenken. Auch die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts scheint für sie keine ernsthafte Rolle mehr zu spielen. Fällt letztere ebenfalls gegen die Unternehmer aus, dann soll ihnen die rechtliche Möglichkeit der Betriebsstilllegung helfen. Wobei allerdings ein befördliches Mitbestimmungsrecht ebenfalls nicht auszuschalten sein wird. Auf jeden Fall wollen es die Ruhrindustriellen auf Biegen oder Brechen ankommen lassen. Das bestätigte die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ mit folgenden Sätzen: „Es geht in der Tat um mehr als um eine einfache Lohnfrage; es geht um den Bestand der deutschen Wirtschaft, um die Freiheit des Unternehmerstandes, des Standes, der einst als Stütze des Staates galt. Die Gewerkschaften erstreben; wie es eindeutig genug in Hamburg zum Ausdruck gekommen ist, den Esch der freien Wirtschaft durch eine sozialisierte oder, wie es milder bezeichnet wird, eine demokratisierte Wirtschaft.“ Das bedeutet nichts andres, als daß die Schatzmacher in Unternehmerkreisen den Konflikt in der Eisenindustrie zu einer entscheidenden Waghprobe zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft ausweiten wollen, wenn irgendmöglich am liebsten bis zu einem Zusammenbruch der Gewerkschaften. Die durch den großen und verlustreichen Kampf der englischen Bergarbeiter geschaffene Ohnmacht der englischen Gewerkschaften schwebt den deutschen Großindustriellen und ihren Verbänden als erstrebenswertes Ziel vor. Auch in Deutschland möchten die Unternehmer die Gewerkschaften in einem langen, gemüßbenden Kampf so treffen, daß sie auf Jahre hinaus gelähmt wären.

Die Ruhraussperrung ist der erste Schritt zu einem solchen Versuch. Die Rechnung der Schatzmacher hat nur einen Fehler: sie stimmt nicht; denn die deutschen Gewerkschaften machen keine Streikabteuer. Die deutschen Gewerkschaften sind frei von Überhebung, aber auch frei von Furcht. Der ADGB hat bis jetzt zu dem Eschtonflikt noch kein Wort gesagt. Wer stark ist, kann schweigen. Im Eisenkrieg liegen die Dinge ganz anders als beim englischen Grubenkampf. Dort ein Streik, hier eine Aussperrung. Dort kommunistische Einflüsse, hier Disziplin. Dort ein gewagtes Generalstreikexperiment, dann ein Zurückweichen und danach der Versuch zur Organisierung finanzieller Hilfe durch die gewerkschaftliche Gesamtorganisation — ein erfolgloses Beginnen. In Deutschland dagegen eine Abwehrbewegung gegen die Mißachtung eines staatlichen Hoheitsaktes. Recht und Moral, der Staat und seine finanzielle Hilfe auf der Seite der Aussperrten, die Gewerkschaften finanziell absolut ungeschwächt, diszipliniert und entschlossen, mit eiserner Kraft, jeden Stoß, der ihre Existenz bedrohen sollte, unerbitlich zurückzuschlagen. Beim englischen Grubenstreik die öffentliche Meinung gegen die Arbeiter, bei der Ruhraussperrung für die Arbeiterschaft. Englischer Grubenkampf und Ruhraussperrung — zwei total verschiedene Dinge. Daher werden die Schatzmacher in Deutschland mit ihren frommen Wünschen kein Glück haben. Sie können die Kampfplage verfesten und die Situation verschärfen. Ob sie aber das ganze deutsche Unternehmertum vor ihren Karren spannen können, ist doch mehr als fraglich. Es ist schon sehr zweifelhaft, ob sich die deutschen Metallindustriellen dazu hergeben, für die Eisenindustrie Nordwest die Kaskanten aus dem Feuer zu holen. Schließlich riskieren sie dabei doch allerhand Verluste. Sollten die Bindungen wirklich bereits so stark sein, daß die ganze deutsche Metallindustrie sich in den Konflikt hineinziehen lassen und Kopf und Kragen riskieren muß? Wir möchten das voreist noch nicht glauben.

Und der Vorstoß gegen die Unterstützungaktion des Staates? Von wem und wie soll die Unterstützungaktion rückgängig gemacht werden? Schon der Gedanke daran ist Wahnsinn. Brauchen die Schmarotzer eine Regierungskrise, weil sie keinen andern Ausweg mehr sehen? Will sich die Deutsche Volkspartei, deren Wirtschaftsmiester in Hamburg die wirtschaftsdemokratische Partei keineswegs als eine Parole des Zusehens betraachtet hat, von wahnwitzig gewordenen Leuten um wahnwitziger Projekte und Pläne willen aus der Reichsregierung verdrängen lassen? Wen die Güter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Wenn die Eisenbarone die Absperrung bis zu einem Generalstreik der Metallindustriellen und zu noch schlimmerem treiben — sie dürfen sicher sein, daß sie damit gerade die Entwicklung beschleunigen werden, die sie rückgängig machen wollen: die Entwicklung zum sozialen Volkstaat.

Inzwischen sind die vom Düsseldorf Regierungspräsidenten wieder aufgenommenen Einigungsverhandlungen abermals verlagert worden, da sich die Unternehmer eine dreitägige Beurlaubung über Annahme oder Ablehnung eines letzten Vermittlungsvorschlages des Verhandlungsführers vorbehalten haben. Auf Unternehmerseite wurde die Vertretung der entscheidenden Fragen einem Herrn namens Stahl übertragen, dessen Finanzierungsmethoden in dem von ihm geleiteten Duisburger Maschinenbau nicht gerade als besonders weislich beurteilt werden können und durch Überkapitalisierung mit allerhand Pleitegefahren durchsetzt sind.

Für das Unternehmertum ist die Verbindlichkeitsklärung eben das Lohnstück, das man brechen will. Seit der bekannten Sympathieerklärung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Arbeitgebervereinigung ist den Eisenbaronen in diesem Punkte das Rückgrat sehr gestärkt worden, wenn auch die Erklärung der beiden Spitzenverbände, den rheinisch-westfälischen Unternehmern mit allen geeigneten Mitteln beizustehen, angesichts des bereits entstandenen unübersehbaren Schadens gar nichts besagen will. Materiell geht der Kampf des Unternehmertums gegen die Lohnschlichtung ja auch nach einer ganz falschen Richtung. Man erklärt nämlich im Unternehmerlager — und diese Erklärung wird von Werken abgegeben, die die besten Erfolge erzielen —, daß man unmöglich für längere Zeit und besonders im Auslandsgeschäft kalkulieren könne, wenn man „von oben immer wieder in kürzeren Fristen neue Lohnerschöbungen diktiert“. Man beachtet nicht, daß die Gewerkschaften ja schließlich die Lohnbewegungen auch nicht zu ihrem Vergnügen einleiten, sondern daß sie das immer wieder steigende Preisniveau dazu zwingt. Man unterschätzt auch in der Argumentation des Unternehmertums die wichtige Tatsache, daß die Industrie bei den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der letzten Jahre nichts getan hat, um das deutsche Preisniveau zu stabilisieren, und alles getan hat, um Preissteigerungen von anderer Seite zu sabotieren. Die Unternehmer bezeichnen den Schlichtungs-ausschuss als „staatliches Lohnamt“, den Schlichter als „Lohnfaktor“ und die ganze Einrichtung der Schlichtung als „staatliches Lohnsystem“. Man vergißt nur dabei, daß der Arbeiter nach Lage der Dinge der wirtschaftlich Schwächere, das Unternehmertum aber der wirtschaftlich Stärkere ist, und daß bei einer solchen Kräfteverteilung ein Vorkampf der ganzen Schlichtung das Lohnstück der Unternehmer über die Arbeiterschaft bedeutet.

Wie jetzt liegen also die Dinge so, daß wenn Reichstag und Reichsregierung nicht sofort in entscheidender Weise eingreifen, die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts, die schwerlich vor Mitte Dezember fällig werden dürfte, abgewartet werden muß. Fällt diese Entscheidung gegen die Unternehmer aus, dann werden die Eisenbarone wahrscheinlich mit der Stillelegungsverordnung nach den Demobilisierungsvorschriften vom 8. November 1920 zu operieren versuchen. Dabei aber jedenfalls auf ebenso große rechtliche Schwierigkeiten stoßen wie bei ihrem jetzigen Kampf gegen das staatliche Schlichtungswesen. Denn nach § 4 Ziffer 2 dieser Verordnung kann Bestfagnahme und Enteignung der von der Stillelegung bedrohten Sachen und Rechte zugunsten des Landesfiskus und deren Übertragung auf andre Personen vorgenommen werden. Es kann demnach durch ein Notgesetz die Öffnung der Betriebe erzwungen werden. Die bis jetzt schon durch den Stillstand der Betriebe eingetretenen Betriebsverluste und die Gefahr der Schabensersatzpflicht nach einer gegen die Unternehmer ausfallenden Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts lassen vermuten, daß die von ihren Syndikati so übel beratenen zwölf Diktatoren der westdeutschen Eisenindustrie jetzt schon keinen andern Ausweg für diesen Eventualfall mehr sehen. Sollte aber das Reichsarbeitsgericht zu einer Entscheidung kommen, die den Unternehmern recht gibt und die Autorität des Reichsarbeitsministeriums untergräbt, dann werden die Eisenbarone wahrscheinlich zwar ihre Betriebe wieder öffnen, gleichzeitig aber einen noch schärferen Kampf gegen die Gewerkschaften aufnehmen. Sie rechnen dabei auf die Not und Machtlosigkeit der Inorganisierten, da dann keine Unterstützungen aus staatlichen Mitteln mehr bezogen werden dürfen. Da nur 40 Proz. aller Ausgesperrten gewerkschaftlich organisiert sind, spekulieren sie für diesen Fall noch auf Putschleistungen der Arbeiterschaft und damit, daß Hunger und Elend die Arbeiter zu den alten oder noch schlechteren Bedingungen wieder in die Betriebe treiben werden. Diese volks- und arbeiterfeindlichen Machtkräume deutscher Wirtschaftsauftraten nicht in Erfüllung gehen zu lassen, wird jedoch eine ernste und zielbewußte Aufgabe aller deutschen Gewerkschaften sein!

## Die Buchdrucker im Kampfe mit Behörden.

IV.

Nach dem im November vor 60 Jahren sich entladenden hals- und beinbrecherischen Behördenkampfe kam eine freiere Zeit in Sachsen für unsere Organisation ab Februar 1881. Die Staatsgefährlichkeiten des Inverbindungstretens und der Beschäftigung mit öffentlichen Angelegenheiten waren mit einem Male in Sachsen böhmische Dörfer. Leipzig setzte durch, daß es mit der Hauptorganisation wieder in Verbindung treten konnte. Dresden und Chemnitz folgten mit einer solchen Gewährung. Auf der Generalversammlung des Unterstützungsvereins in Hannover 1879 hatte es infolge des ministeriellen Bescheides vom 8. März 1879 keine Delegation, sondern nur Gäste aus Sachsen gegeben. Die vom Hauptvorstand unsrer Organisation in Stuttgart herausgegebene, 68 Seiten starke Broschüre „Zur Arbeiterversicherung, Geschäfts- und Wirken eines deutschen Gewerkschafts, 1806 bis 1881“ hatte bei den Behörden vielfach vernünftiger Erwägungen hervorgerufen.

Das Verbot des Geschäftsbetriebes für den Unterstützungsverein in Bayern auch im Jahre 1881 wirkte um so überraschender. Der Verbandsvorsitzende begab sich mit dem bayerischen Gauvorsitzer persönlich zum Minister des Innern. Dieser hatte selbst ein günstiges Urteil über unsre Organisation, da aber ein Teil der Mitglieder in München, Nürnberg und Augsburg von den Magistraten für politisch verächtlich — also sozialdemokratischer Gesinnung — befunden wurde, war nichts zu machen. Am 15. November 1881 wurde daher als Ausweg die Gründung des Buchdruckerunterstützungsvereins für Bayern vollzogen, der neun Jahre lang bestehen mußte, bis auch in Bayern wieder die Vernunft bei den Verwaltungsbehörden in gewerkschaftlichen Angelegenheiten einkehrte.

Schon im Jahre 1883 begannen Vorstöße in Preußen gegen den Verband zwecks Beibringung der staatlichen Genehmigung. Unsr Organisation blieb an ihrem Sitze in Stuttgart am unbeheiligsten! Das Polizeipräsidium in Berlin kam mit unserm Berliner Verein zunächst zu einem schnellen und leichten Friedensschlusse. Dann gab es 1885 in Frankfurt a. M. schon einen empfindlicheren Druck. Der Polizeipräsident dort verlangte nämlich vom Bezirksverein, entweder die Verbindung mit dem Unterstützungsverein zu lösen oder von der Regierung in Wiesbaden die staatliche Genehmigung des Verbandsstatutes einzuholen. Dabei kam es an den Tag, daß Preußen die Bekämpfung des Organisationswesens nach dem größten Bundesstaat verlangen werde. Auf der Generalversammlung des Verbandes in Gotha 1886 entbrannte heißer Streit um die Sitzverlegung. Es kam dafür eine Zweidrittelmehrheit zustande. Hannover wurde schließlich als Verbandsitz in Aussicht genommen. Hannover fand aber keine Gegenliebe bei der preussischen Regierung. Berlin, Warmen, Erfurt, Steffin und andre Verbandsorte noch erhielt im Jahre 1887 sehr deutliche Beweise, daß Preußen seinen Willen der Sitzverlegung nach Berlin durchsetzen werde. Emil Döblin als damaliger Gauvorsitzer von Berlin hatte alle Hände voll zu tun, die Behörden in Berlin (Polizeipräsident, preussischer Minister des Innern) von definitiven Maßnahmen noch abzuhalten. Ein neues Moment war, daß der Unterstützungsverein durch seine Invalidentafel eine Versicherungsgesellschaft sei, was die Organisationsleitung an Hand eines juristischen Gutachtens entschied bestritt.

Am 10. März 1888 kam vom Minister des Innern die Erklärung — die wichtigsten amtlichen Schriftstücke aus diesem Kampfe mit den Berliner Behörden sind meistens im Original vorhanden, sie werden im Zweiten Band der Verbandsgeschichte in Kalmitzbrunn gebracht —, er könne die Erteilung der landespolizeilichen Genehmigung zum Geschäftsbetrieb in Preußen in Aussicht stellen, wenn der Unterstützungsverein seinen Sitz nach Berlin verlege und sein Statut den erforderlichen Veränderungen unterziehe. Auf der Generalversammlung in Hamburg Mitte März 1888 ging es noch einmal hoch her in betreff der Sitzverlegung nach Berlin. Die Mitglieder der Invalidentafel sollten in die Versicherungsgesellschaft „Nordstern“ eingekauft werden. Auch wurde der Dezentralismus im Unterstützungsverein das Wort geredet. Der Stuttgarter Hauptvorstand sah natürlich die Organisation am besten im Schwabenlande aufgehoben, doch war ihm der Preis eines Verbotes in ganz Preußen doch zu teuer. Also ging nun mit großer Mehrheit die Sitzverlegung nach Berlin durch; allerdings mit dem Vorbehalt, es müßte eine Liquidationskommission eingesetzt werden, wenn die preussische Regierung unerfüllbare Bedingungen stellen sollte für das neue Statut. Das war aber nicht der Fall, die Berliner gestrengen Herren waren froh, daß sie die Sache so weit drangaliert hatten. Das neue Statut wurde dann in der Abstimmung mit 6161 gegen 2437 Stimmen angenommen. Am 1. September 1888 ging es ohne Namensänderung von Stuttgart nach Berlin. Der Empfang dort war recht übel. In der Arbeiterpresse und in Arbeiterversammlungen wurde der „Rüdniglich preussische Gewerkschaft der Buchdrucker“ lächlich hochgenommen. Dabei hatten die Buchdrucker mehr Erfahrungen im Kampfe mit den Behörden hinter sich und hatten viel mehr zu verlieren als die andern Arbeitervereine und die noch vorhandenen wenigen Gewerkschaften.

Die Behörden im festen Bunde mit der Prinzipalität beim Neunjahrestage 1891/92 war dann ein ganz trauriges Schauspiel. Die Polizei wurde bei diesem Streik sofort gegen den Unterstützungsverein mobil gemacht. In den einzelnen Städten entfaltete die Wohlwollende unterschiedlichen Eifer. In Frankfurt a. M. verstand es die Polizei sogar, Kriminalbeamte in ein von Buchdruckern stark besuchtes Lokal, wo ankommende Streikbrecher abgeliefert wurden, als Spiegel einzuschmeißen; man kam jedoch schnell hinter die Sache, und die „Reinher“ mußten ihre eigenartige Arbeit niedergelegen. Dr. Schmidt, der damalige Sekretär des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Leipzig, lobte sich geradezu aus im Erfinden von behördlichen Maßnahmen gegen die Gehilfenorganisation. Das Trauerspiel, daß 313 Verbandsmitglieder in ganz Deutschland den Dr. Schmidt mit der Vertretung ihrer Interessen bei den Gehilfenkassen betrauten, war das Schmähschiff, was je in der Geschichte der Buchdrucker vorgekommen ist. Mit den Unterschriften seiner „Mandanten“ versehen, verlangte er von dem Polizeipräsidenten in Berlin Einfahrt wegen „ungefährlicher“ Vermengung der Streik- und Versicherungszwecke, wegen „statutwidriger“ Auszahlung von Unterstühtungen an Streikende aus der Allgemeinen Kasse und wegen „statutwidriger“ Verweigerung der Beitragsannahme von sehengeheulichen Mitgliedern; er beantragte ferner die weitere staatliche Genehmigung des Statutes sollte von einer entsprechenden Abänderung des Statutes abhängig gemacht werden, außerdem sollten die Gauverwaltungen angewiesen sein, Beiträge der nicht-streikenden Mitglieder anzunehmen. Der Rechtsbestand der Prinzipale verlangte also, weil er jedenfalls der eignen Kraft seiner Auftraggeber bei diesem von vornherein schweren Kampfe nichts zutraute, von der staatlichen Macht weitestgehende Eingriffe in das bestehende Recht zugunsten der wirtschaftlich stärkeren Partei. Was man nicht für möglich gehalten hätte: das Berliner Polizeipräsidium fiel auf den Schwach von den ungefährlichen und statutwidrigen Handlungen des Unterstützungsvereins herein und beging selbst Ungefährlichkeiten durch die Verbote einer Extrasteuer von den zu den neuen Bedingungen arbeitenden Gehilfen und der Auszahlung von Unterstühtungen an Streikende aus Organisationsmitteln; außerdem wurde weitgehende Änderung des Statutes gefordert. Das liegt sich heututage wie eine Geschichte aus dem Tollhause! In Stuttgart blieb man diesmal auch nicht untätig. Die Zentralinvalidentafel hatte ihren Sitz in Stuttgart beibehalten. Als der Kassierer 24 000 M. zur Befriedigung laufender Verbindlichkeiten erheben wollte, war ein Stuttgarter Anwalt zur Stelle, der namens der „berühmten“ 313 „Kollegen“ Rechtsansprüche an die Invalidentafel geltend machte, worauf das Landgericht die einstweilige Zwangsverwaltung der Kasse verfügte, weil eine Denunziation wegen Verwendungs von Kassengeldern zu Streikzwecken vorlag. Natürlich hatte der Hauptvorstand in Berlin den Rechtsweg gegen die Maßnahmen des Berliner Polizeipräsidiums beschritten und erreichte nach Monaten, wieder erst nach Beendigung des Streiks, daß sowohl vom Bezirksauschusse als vom Oberverwaltungsgericht das Einschreiten der Polizei als ungefährlich erklärt wurde! Das war für die Prinzipalität und ihren famosen Rechtsbestand eine schwere moralische Niederlage. Dr. Paul Schmidt, der allgemaltige Kriegsheld der Prinzipale, „slog“ bald darauf mit dem Dant vom Hauje Habsburg in der Tasche. Der jetzige Major-domus der Berliner Prinzipalität (F. W. Schmidt), den es auf einmal packt, auf dem Gebiete der Verbands- und Gewerkschaftsforschung eine recht späte Beute zu werden, könnte aus den Erfahrungen seines Leipziger Namensvetters von drüben und hüben viel lernen! Damals hatten also die Prinzipale auf dem Wege ihr behördlich bescheinigter Ungefährlichkeiten gesiegt. Die Gehilfenorganisation verzerrte ihnen zum zweiten Male den Weg dazu durch eine radikale Statutrevision. Das gesamte Unterstützungswesen erhielt freiwilligen Charakter, ein flagbares Recht auf Unterstühtungen blieb statutarisch ausgeschlossen. Dabei fährt alles gut; wer seine Pflicht gegenüber dem Verbands erfüllt, wird in seinen Rechten nicht geschmälert, Prinzipalitätsnechte aber können nicht zwei Herren dienen. Das Schicksal der Prinzipalstafel mit den garantierten und nun doch verlorenen Rechten ist noch eine späte Sühne für die 1891/92 bewiesene Treulosigkeit gegenüber dem Verbands. Das sozialistengesichtliche Eitelt „Unterstützungsverein“ wurde auch schleunigst entfernt und mit dem gewerkschaftlich klingenden Verband der Deutschen Buchdrucker verkauft. Da hat keine Polizei-, Verwaltungs- oder Gerichtsbehörde etwas hineinzuwerden. Einige Verusche rauhbeiniger Gesellen haben gerichtliche Klöweilung erfahren. Übrigens hat der Charakter als Unterstützungsverein unsre Organisation nicht gehindert, im Jahre 1886 über 1000 Kollegen in verschiedenen Gegenden Deutschlands, hauptsächlich in Rheinland-Westfalen, deswegen freieren zu lassen, weil viele Prinzipale nicht den ordnungsgemäß zustande gekommenen neuen Reichstaxtarif anerkennen wollten. Das kostete etwa 250 000 M. Dazu war damals keine andre Gewerkschaft in Deutschland befähigt und zu einer solchen Aktion auch gar nicht gewillt unter der Herrschaft des Sozialistengesichtes. Im übrigen Deutschland wollten die Behörden ebenfalls den Buchdruckern bezugehen, daß Ordnung und Sitte nicht aus dem Reime gehen dürfen, auch wenn durch behördliche und prinzipalitätsseitige Provokation

Sp.

nationen des einen Teils die Erregung zur Siebetheile entfacht ist. Druckstädte, die sich 1891/92 so auszeichneten, waren: Frankfurt a. M., der Menge nach, denn über 200 Vorladungen und Vernehmungen hatten wegen einer Streikfellekte stattgefunden; schließlich wurden 18 Kollegen zu geringen Geldstrafen verurteilt. Drei Kollegen in Berlin erhielten wegen Anfertigung und Vertrieb von Sammellisten je 10 M. Geldstrafe. In Bochum wurden drei Kollegen zu je drei Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie in einer Bezirksversammlung aufreizende Reden gehalten haben sollten. Leipzig hat sich auch recht hervorgetan. Eine Firma zeigte einen Maschinenmeister wegen Aufreizung zum Streik in zwei Fällen an; es gab zehn Tage Gefängnis. Weiter überlieferten zwei Firmen zwei Arbeiterinnen wegen mit dem Streik zusammenhängender Redereien der heiligen Justiz; jede Arbeiterin mußte fünf Tage absitzen. In anderen Orten sah es zunächst kritisch aus bei anhängig gemachten Verfahren. So hatte ein Geiger in München in seinem Wirtshaus einen Willkommensgruß an etwaige Streikbrecher zurückgelassen. Für diese „Schandtat“ sollte er acht Tage brummen, die Sache endigte jedoch mit Freispruch. In Hamburg gab es eine sich noch schwieriger anlassende Sache. Drei Geigerkollegen wurden wegen Beleidigung eines Streikbrechers befangen. Der Strafantrag lautete auf je vier Wochen Gefängnis, es erfolgte aber auch hier Freispruch. Bestimmt hat es etliches mehr an Einzeljustizaktionen aus dem Neunstundenkampf heraus gegeben, die Berichterstattung darüber war aber lückenhaft; auch wurden Nachteile aus solchen Veröffentlichungen befürchtet, denn das System der schwarzen Listen bei den Prinzipalen nahm in seiner Häufung und rücksichtslosen Art schon stark straffälligen Charakter an. Dunklere Fälle sind bei unsern Aufzeichnungen sowie ausgeschlossen worden. Der große Neunstundenkampf hat jedenfalls drastisch gezeigt, was in dem „Rechtsstaate“ Deutschland alles möglich gewesen ist streikenden Arbeitern gegenüber.

Mit den 1892 auf der Stuttgarter Generalversammlung getroffenen statutarischen Sicherungen vor ungesetzlichen Handlungen irgendwelcher Behörden ging es in der Folgezeit ganz gut. Für die Organisation trat eine lange Ruhezeit vor behördlichen Verfolgungen ein. Einzelne Mitglieder verbrannten sich bei örtlichen Konfliktzonen zwar an dem § 153 der Reichsverordnung, und Sachen schlug etliche Male mit keinem famosen Vereinsgesetz aus, die Organisation selbst aber blieb aus dem Spiele. Vielleicht wäre es 1914 viele Etappen zurückgegangen, wenn der Ausbruch des Weltkrieges nicht den mit einer Umbildung der Vereinsgesetzgebung beabsichtigten Schlag gegen die Gewerkschaften verhängt hätte. Davon war auf dem Münchener Gewerkschaftskongress 1914 viel und vielsagend die Rede.

Die Vorgänge in der Nachkriegszeit bieten wohl ein buntes Bild von den zunächst ganz normalen Verhältnissen auch für das Buchdruck- und das Zeitungsgerwerbe. Wöllige Presse- und Koalitionsfreiheit einerseits, Zeitungsverbote und politische Streiks andererseits, Militärdiktatur und Ausnahmejustiz drittenteils usw. haben ein Himalaja von außerordentlichen Ereignissen zusammengetragen, jedoch liegen sie fast sämtlich in einer andern Linie als in den hier vier Artikel hindurch behandelten. Die Organisation kam nicht mehr in Gefahr. Die Zeitungsverbote nahmen aber zeitweilig eine solche Häufung und zeitliche Dauer an, daß eine große Schädigung der mitbetroffenen Personale daraus erwuchs; es kamen links- und rechtsgerichtete Blätter in Betracht. Unsere Organisationsleitung unternahm dagegen alle erdenklichen Schritte und erreichte auch, daß eine Milderung dieser Maßnahmen, ein geordnetes Verfahren dabei und auch eine gewisse Entschädigungspflicht an die Personale Platz griff. Noch im März 1927 sahen sich die Organisationsleitungen der Buchdrucker und der Hilfsarbeiter gezwungen, mit den in Berlin versammelten Hauptfunktionären aus dem ganzen Reich eine scharfen Protest gegen die Strafverfolgungen von Druckereibesetzern und Buchbinder- und Hilfsarbeiter zu richten. Das vom vierten Senat des Reichsgerichts aufgestellte und von einer Jenaer Gerichtsstanz auch noch praktisch angewandte neue Delikt des literarischen Hoch- und Landesverrats gab dazu Veranlassung. Die in technischen Zeitungs- und Druckbetriebe beschäftigten Personen sollten mitverantwortlich gemacht werden für den Inhalt der von ihnen hergestellten Pressezeugnisse, weil dessen Strafbarkeit ihnen bekannt sein mußte. Es kamen nur kommunikativen Betriebe hierfür in Betracht. Zu einer allgemeinen Aufstellung von solchen neuen „Rechtsgrundsätzen“ ist es infolge der allgemeinen Proteste aus der Pressewelt nicht gekommen, auch diese aufregende Sache schief dann wieder ein.

Der behördliche Druck beim Novemberstreik 1923 in Berlin war in jedem Betracht ein außerordentlicher Fall im republikanischen Zeitalter. Entstanden war er in den Gelddruckereien, die als lebenswichtige Betriebe galten und daher dem Schutze des Wehrkreiskommandos unterstanden. Der Inhaber der vorliegenden Gewalt, General v. Seekt, hatte am 12. November eine Verordnung erlassen, die praktisch einem Streikverbot gleichkam. Am 14. November abends wurden die Vorstände der Berliner Buchdrucker, graphischen Hilfsarbeiter und Buchbinder: Robert Braun, Otto Glöck und Otto Göbel, in den Büroräumen des Gewerkschaftshauses von Beauftragten des Wehrkreiskommandos ver-

## Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Eduard Münzberg in Berlin  
Eingetret.: 1. Dezember 1868 — Jetzt Junaldb

## Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Christian Wolf in Hamburg  
Eingetret.: 1. Dezember 1874  
Kuer & Co.



Max Blantenburg in Berlin  
Eingetret.: 1. Dezember 1878  
„Vorwärts“ Buchdrucker

haftet und in Schutzhaft abgeführt. Braun holte man vom Telefon weg in dem Augenblick, als er mit einem Kollegen über die Bewilligung der Forderungen verhandelte, 3600 Beschäftigte waren in Betracht gekommen. Sechs andere Funktionäre der graphischen Verbände sollten ebenfalls verhaftet werden, sie befanden sich aber nicht im Gewerkschaftshaus. Im Laufe des 14. November war eine größere Anzahl Verhaftungen von Betriebsräten, Funktionären und Streikenden vorausgegangen. Vergehen gegen das Streikverbot, Beschädigung oder Vernichtung von Akten gegen den Streik und Flugblattverbreitung für den Streik bildeten die Delikte. Die Druckereiangestellten wurden behördlich zur Streitarbeit befohlen. Wer sich weigerte, wurde entlassen oder verhaftet; letzteres betraf auch drei Oberfaktoren der Reichsdruckerei. Die Versammlungen der Streikenden wurden aufgelöst oder nur unter der Voraussetzung gebildet, daß „nicht zum Streik angereizt“ würde. Vom Wehrkreiskommando war auch bekanntgegeben worden, daß das Streikpostenfeste nach der Verordnung vom 11. November 1923 strafbar sei und die Gefahr sofortiger Festnahme in sich schließe. Streikposten, die einem lebenswichtigen Betriebe angehören, könnten außerdem noch wegen Arbeitsniederlegung bestraft werden. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg verfügte gar noch, daß arbeitslose Buchdrucker, die in Rotendruckereien nicht Arbeit nehmen wollen, ihrer Erwerbslosenunterstützung verlustig gehen. Es waren also ganz draconische Maßnahmen, die von der Republik in einem Ausnahmezustand gegen streikende Buchdrucker in Anwendung kamen. Der Streik brach unter diesen Umständen schnell zusammen. Der Berliner Gauvorkämpfer hatte nur drei Tage in Moabit „Sommerwohnung“ nehmen brauchen. Allerdings hatte er dort keine Ruhe bei Tag und Nacht: es ging im Auto von einer behördlichen Stelle zur andern. Die Strafen fielen gnädig aus, es ging alles mit Geld abzumachen. Selbst der „Hauptverbrecher“ Robert Braun kam mit 100 M. Geldstrafe davon.

Daß im März 1928 die Buchdruckerhilfenschaft in einem heftigen Streit mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns geriet, weil dieser einen zum Teil auch in Prinzipalstreifen als ungenügend angesehenen Schiedsspruch überhastet als verbindlich erklärte, obwohl er selbst erst andrer Meinung zu sein schien, soll aus zweierlei Gründen mit erwähnt werden.

Dr. Brauns hat an dem anhaltenden Entrüstungsturm in Geisteskreisen nachher gemerkt, daß es von ihm falsch war, hier gewissen Einflüssen zu unterliegen. Die Unternehmerschaft des Buchdruckergewerbes aber hat mit Bestimmtheit gerechnet, daß die Geistesfreiheit der geistlichen Verbindlichkeitsklärung sich fügt, obwohl diese ihr höchst ungerecht erscheinen mußte. Sie hat sich gefügt, wenn auch in ihren Reihen nur härtester Widerwillen dagegen vorhanden war.

In Eilmärchen ist nun die ganze Geschichte der Buchdruckerhilfenschaft durchgegangen, um von der großen Aktivität der Behörden als Bundesgenossen unserer Prinzipale ein tatsächungsgemäßes Gesamtbild zu entrollen. Das organisatorische und tarifliche Geschehen hat außer acht bleiben müssen, da sonst eine solche zusammengedrängte, zum ersten Male erfolgende Darstellung gar nicht hätte gegeben werden können. Nur hinsichtlich der Ereignisse bei den Buchdruckern vor 80 und vor 50 Jahren haben gleich einleitend in Nr. 93 motivierte Ausnahmen stattgefunden.

Die Buchdrucker haben nach den in vier Nummern ausgezeigten behördlichen Aktionen gegen ihre gewerkschaftlichen Arbeiten und Kämpfen mehr Bedrückungen aufzuweisen, als im allgemeinen bekannt ist. Ebensovienig ist es in genügendem Maße bekannt, wie entscheidend immer an die Schwere gegangen wurde. Daß unsere Unternehmer in ausgiebigem Maße obendrein die Presse gegen uns ins Feld führen konnten, war früher ein für die Hilfenschaft schwerwiegender Umstand; heute ist das anders, da es eine große Arbeiterpresse gibt. Auf jeden Fall waren die Buchdrucker in diesem Punkte über daran als jede andre Arbeiterkategorie. Es ist ja auch nicht nur einmal der Fall gewesen, daß unsere Prinzipalität von der übrigen Unternehmerschaft, von der Presse und von den Behörden, d. h. von der Staatsmacht, vereint alle Hilfe erhielt, weil die Buchdrucker als die vorstoßende Kampftruppe der Arbeiterkategorie betrachtet wurden. Das Kapitel von den Buchdruckern im Kampfe mit den Behörden ist zwar wunderbar, aber sehr ehrenvoll für unsere Organisation! Auch für die eignen Reihen wird es hier nutzbringend aufgeschlagen worden sein.

Heute erleben auch wir Buchdrucker die Genugtuung, daß zehn Jahre Republik in Deutschland den Behördenkampf gegen die um wirtschaftliche Besserstellung kämpfende Arbeiterkategorie zum Aufhören gebracht haben. Wenn man jetzt an Ruhr und Rhein ein Wälderdund von Überkapitalisprophen, die jeden Tag den Staate wieder Hunderte von Millionen an Subventionen abnehmen möchten, seit fünf Wochen ihre so gern betonte Parole „Nur Arbeit kann uns retten“ mit einer gegen eine arbeitsministerielle Verbindlichkeitsklärung sich richtenden Ausperrung von 230 000 Arbeitern verhältnissen sieht, dann wissen wir, daß es damit gegen den sich um auch einrichtenden sozialen Staat gehen soll. Wer nach dem inzwischen erfolgten vernünftigen zweiten Instanzlichen Arbeitsgerichtsurteil von Duisburg dabei unterliegt, ist ohne Zweifel, auch schon von den Neuerfahrungen der Stellungnahmen des Reichstags und des Preussischen Landtags her zu den Reichenausperrungen unter bewußter Mißachtung eines staatlichen Hoheitsaktes. In diesem eine ungeheure Bedeutung, auch hinsichtlich der Sozialisierungsfrage, erlangenden Machtkampfe der Großkonzerngewaltigen und ihrer draußgängigeren Syndikate gegen den Staat, gegen die Gewerkschaften und gegen die nur als Ausbaltungsobjekt betrachtete Volksmasse gehen wir nach dem Geheh von der Umkehrung der Begriffe mit dem Staat gegen den Großkapitalsterrorismus. Wenn in den Organisationskreisen der Unternehmer die Revolution von oben gegen das Kommen des sozialen Staates an Anfang gewinnen und auch im Deutschen Buchdrucker-Bereich sich Stimmen dafür erheben sollten, dann auf in den Kampf auf der ganzen Linie! Der Staat will mit gleichem Maße messen, die großkapitalistischen Diktatoren mit ihren Organisationen und mit ihren Parteien aber kämpfen gegen den neuen Staat, weil er sich nicht mehr zum Hausknecht für ihre Interessen hergeben will und auch sie vor dem Geheh gleichstellt. Auf Arbeitseite ist man klar darüber, daß diese Revolution von oben 1928 weniger Rücksichtnahme von unten wie 1918 gegenüber dem Großbesitz finden muß. Nach dem ersten Ruhrkrieg 1923 mit der vollständigen Zerstörung der deutschen Währung haben die Ruhrindustriellen rund 700 Millionen Mark staatliche Prämie dafür herausgeschlagen. Bei dem zweiten Ruhrkrieg 1928, in eklatanter Gesetzesverletzung als Dolchstoß gegen die gesamte Sozialgesetzgebung unternommen und zu weitgehender Zerstörung der deutschen Wirtschaft führend, wird drakonisch den Reuigen und Konfessionen zu zeigen sein, wer Herr im Staate ist.

## Korrespondenzen

Bonn. (Maschinenseher.) Inseer Vereinigung hielt am 22. Oktober in Siegburg ihre Bezirksversammlung ab. Vorsitzender Koch begrüßte die erschienenen Kollegen, besonders den Kollegen Bendt (Köln). Nach Aufnahme von drei Kollegen machte er einige Mitteilungen der Zentralkommission bekannt. Kassierer Heule erläuterte den Kassenbericht und die Versammlung ertheilte ihm einstimmig Entlastung. Hierauf referierte Kollege Bendt über die Interimtype und die elektrische Sehmaschinenbeheizung. Aufmerksamkeit folgte die Versammlung seinen Ausführungen. Am Schluß dankte ihm der Vorsitzende im Namen der Versammlung für die betreffenden Ausführungen.

**Brandenburg.** Am 4. November hielt unser Bezirk in Rathenow seine diesjährige Herbst-Bezirksversammlung in Rathenow ab, die mit einer Feier des 30jährigen Bestehens des dortigen Ortsvereins verbunden war. Trotz denkbar schlechtem Wetter waren die Kollegen aus allen Orten des Bezirks, zum Teil mit Kraftwagen, zahlreich erschienen. Bei seiner Begrüßung konnte der Vorsitzende auch den Referenten, Kollegen Aldermann (Berlin), sowie unsere Gauvorsitzer Keinte und die Vorsitzenden der Nachbarbezirke Potsdam und Neuruppin willkommen heißen. Nach Erledigung des rein geschäftlichen Teils referierte Kollege Aldermann über „Gewerkschaftliche Zeitfragen“. Einleitend zog er der Vorherrschaft der Metallindustriellen an der Ruhr in den Kreis seiner Betrachtungen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen berührte der Referent dann in knapper und klarer Form die Probleme Wirtschaftsdemokratie, Nationalisierung, Schlichtungsweisen, Gewerkschaftsinternationale u. a., um dann längere Zeit bei der Frage der Kündigung unfrei Manufaktur zu verweilen. In das Referat knüpfte sich eine lebhafteste Debatte. Ein Antrag des Vorstandes, die Entschädigung für den Kessler von 5 auf 8 Pf. pro Mitglied und Monat zu erhöhen, löste eine unerquickliche Debatte aus. Der Antrag wurde angenommen. Der Antrag eines Brandenburger Kollegen, den Vorstand aus sechs Kollegen, je einem aus Rathenow, Nauen und Belgis und drei vom Bezirksvorort zusammenzusetzen, wurde auf Anraten der damit zu beglückenden Orte vom Antragsteller zurückgezogen. Beschlüssen wurde, daß der Vorstand aus Kollegen des Bezirksvorortes in der Frühjahrsvollversammlung gewählt wird. — Nach Schluß der Tagung fand eine gemeinsame Mittagstafel statt, an der 276 Kollegen mit ihren Angehörigen teilnahmen. Wegen 4 Uhr eröffnete die „Graphia“ (Brandenburg) die Feier des 30jährigen Bestehens des Rathenower Ortsvereins mit gesanglichen Darbietungen. Nach der offiziellen Begrüßungsansprache des Rathenower Vorsitzenden Kollegen Zimmermann übermittelte Gauvorsitzer Keinte die Grüße des Gaues. Kollege Wendt sprach für den Bezirk und überreichte ein Angebinde an den Rathenower Bruderverein, ebenso der Kollege Meier für den Nauener. In der Folge sorgten das Potsdamer „Aktio“, die „Graphia“ und ein fröhlicher Festball dafür, daß die Stunden schnell verrannen. Gegen 10 Uhr schlug die Schlußstunde. In dem Bewußtsein, im Kollegenkreise einige frohe Stunden verlost zu haben, traten die auswärtigen Gäste in Postauto die Heimfahrt an.

**b. Braunschweig.** Hatte unsere Wolfenbütteler Versammlung, in der Gauvorsitzer Pfingsten (Hannover) den Bericht vom Gewerkschaftskongreß in Hamburg gab, einen guten Besuch aufzuweisen, so gab sich der hiesige Bezirksvorstand der Hoffnung hin, daß dies auch in der Bezirksversammlung am 4. November der Fall sein würde, hatten wir doch nach Verlauf von mehreren Jahren wieder mal hohen Besuch aus Berlin vom Hauptvorstand. Die gehagte Hoffnung wurde nicht enttäuscht, hatte sich doch eine ganz annehmbar hohe Zahl Kollegen eingefunden, wenn auch noch viele schienen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles und der Abrechnung vom dritten Quartal erteilte Vorsitzender Keuter dem Verbandsassessor, Kollegen Bruno Schweinik, das Wort zu seinem Vortrag: „Das Unterstützungsweisen im Verband“. Dieser verband es, in etwa einschlägigen Ausführungen die Verammelten zu fesseln, insbesondere nahmen seine Berechnungen über eine etwaige Neugestaltung der Sozialdienstunterstützung im Verband das Interesse in Anspruch. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen, und eine rege Aussprache setzte ein, in deren Verlauf Anfragen gestellt wurden und Wünsche zum Ausdruck kamen. In letzter Zeit sind wieder mehrere Kollegen zur großen Armees abberufen, u. a. auch der Senior der Braunschweiger Buchdrucker, der Geheirnwalde Robert Gerhard, der am 18. Dezember d. J. sein neunzigstes Lebensjahr vollendet hätte. Er war Mitbegründer des Verbandes und war eine Reihe von Jahren auch Vorsitzender unfres Bezirks. Das Andenken der Verstorbenen wurde in üblicher Weise geehrt.

**Breslau.** (Handseher.) Am 26. Oktober fand die zweite Herbstversammlung unfser Vereinigung statt. Nach kurzen einleitenden Worten des Vorsitzenden Pfeige hielt Kollege Rippel einen außerordentlich lehrreichen Vortrag über „Wirtschafts- und Staatspolitik“. Zurückgreifend bis in die Anfänge der Kultur in China, bewies er, wie durch alle die Jahrtausende die allgemeinerwirtschaftliche Entwicklung der Menschheit trotz aller sogenannten Kultur zurückgeblieben ist. Erst die immer mächtiger werdende Gewerkschaftsbewegung beginnt die Wirtschafts- und Staatspolitik langsam auf die Höhe der Kultur zu führen. Geleitet und gestützt von egoistischen Mitmenschen, ist bis in unfre neue Zeit der Arbeiter nie das geworden, was er sein müßte: eine selbstbewußte, gemeinwirtschaftlich veranlagte Kreatur. Selbst die Vorgänge bei einzelnen, gemeinwirtschaftlich lebenden Tieren sind ihm durch all die Jahrhunderte nicht vorbildlich gewesen für sein eigenes Tun. Unfre moderne Gewerkschaftsbewegung, die erst aus der Arbeiterkraft selbst herauszuwachsen mußte, verpöcht aber, trotz aller gewaltigen Bemühungen, für uns und mehr noch für unfre Nachkommen Erpißliches zu schaffen. Wenn auch langsam, so wachsen wir doch in die Zeiten des allgemeinen weltbeherrschenden Sozialismus hinein. Reicher Beifall belohnte den Vortragenden. Es entspann sich eine ungewöhnlich interessante Aussprache, so daß die Versammlung erst spät beendet war. Wir hoffen, daß uns Kollege Rippel noch manchen anregenden Vortrag halten wird.

**Darmstadt.** Unfre Bezirksversammlung am 30. Oktober erreichte sich eines guten Besuchs. Vor Eintritt in die reichhaltige Tagesordnung gebachte Vorsitzender Volkart eines verstorbenen Kollegen, dessen Andenken die Versammlung in üblicher Weise ehrte. Aufgenommen wurden drei Kollegen; ein Kollege wurde trotz öfteren Mahnens wegen Restierens ausgeschlossen. Unter „Mittelteilungen“ hat der Vorsitzende die Vertrauensleute um auserkaffige Ausfüllung und terminaffige Ablieferung der ausgegebenen Statistikbogen. Den Höhepunkt der Versammlung bildete das Referat des Kollegen Fiedler (Berlin) über „Das heutige Kampffeld der Gewerkschaften“. Mit reichem Beifall dankte die Versammlung dem Referenten für seine wissenswerten Ausführungen. Eine lebhaft einschende Diskussion bewegte sich im beifälligen Sinne, mit Ausnahme unfres Bekannten, „Oppositionellen“, der die gesamte heutige Gewerkschaftsbewegung verurteilte. Den Kartellbericht erstattete Kollege Brand. Unfrem Bezirksassessor Schardt wurde für die Abrechnung vom dritten Quartal einstimmig Entlastung erteilt. Unter „Berichtebenen“ fanden noch einige interne Angelegenheiten Erledigung.

**Sch. Düsseldorf.** (Stenotypenre, Galvanoplastiker und Schriftgießer.) Unter Hinzuziehung des Vorstandes unfser Vereinigung fand sich die Technische Kommission, deren Wahl schon seit Jahren von den Hauptversammlungen der Gauvereinigung dem Düsseldorf'er Bezirk übertragen wird, am 28. Oktober zu einer Besprechung zusammen. Kommissionsvorsitzender W. G. nahm in einem Referat Stellung zu verschiedenen ungeschlossenen Eröffnungen und gegen die einseitige Interessiertheit innerhalb unfser Spartenlebens. Er betonte dabei, daß die Technische Kommission nicht nur darin ihre Aufgabe begrenzt sieht, mit Rat und Tat die Kollegen auf praktischem Gebiete zu unterstützen, sondern auch, wenn die dringende Notwendigkeit dies erfordert, auf die Hebung und eventuell auf eine Reorganisation des Vereinslebens hinzuwirken. Der Referent ging den Ursachen des schlechten Versammlungsbesuches nach, der sich in vielen Bezirken bemerkbar macht und der auch auf die Versammlungen der Gauvereinigung übergreift. Die letzte Versammlung in Elberfeld legte hierfür Zeugnis ab. Die Maßnahmen seien nur auf wirklich vollwertige Kollegen zu beschränken, die durch Lehrgangnis oder durch Prüfung vor der Technischen Kommission den Befähigungsnachweis erbringen. Es müsse mehr auf Qualität als auf die Quantität der Mitgliederzahl gesehen werden. Seine Ansicht sah er darin bestätigt, daß in der letzten Versammlung der Gauvereinigung

11 Neuaufnahmen 11 Ausschüsse gegenüberstanden. Mehr denn je mühten die Versammlungen so gestaltet werden, daß jeder mit Lust und Liebe daran teilnimmt. Technische und gewerkschaftliche Abhandlungen sowie Neuerschließungen und Anschaffungsmaterial müssen das kollegiale Zusammensein interessant machen. Die Zentralkommission wie auch die Gauvereinigung haben den Vorsitzenden der kleineren Bezirke hierzu Material zur Verfügung zu stellen, um ihnen ihr Amt leichter zu gestalten. Nur so würde die Hauptaufgabe der Sparte, die Schulung ihrer Mitglieder zu tüchtigen Gewerkschaftlern und berufsrechtlichen Kollegen, in den Vordergrund gerückt. Überzeugte Verbandsmitglieder und eifrige Spartenkollegen seien für den größten wie den kleinsten Bezirk das beste Mittel zur gründlichen Ausmerzung der sich unangenehm breitmachenden Nebenerscheinungen. Hierzu beizutragen und mitzuarbeiten sei berechtigter Wunsch der Technischen Kommission.

**lk. Erfurt.** Am 4. November fand im hiesigen „Volkshaus“ eine Funktionärskonferenz statt, zu der die Orte Arnstadt, Frankenhäuser, Wehren, Greußen, Zimena, Rinkebrück, Kollada, Sömmerra, Sondershausen und Sulz Vertreter entsandt hatten. Vom Gauvorstand waren die Kollegen Wislaug und Martin erschienen, außerdem als Referent der frühere Gauvorsitzer Emil Prog. Kollege Stange eröffnete mit begründenden Worten an die Erschienenen die Versammlung und erteilte nach Erledigung des Geschäftlichen dem Kollegen Prog das Wort zu seinem Vortrag: „Kampf und Hilfe“. Im ersten Teil seines Referats legte der Referent die elementaren gesellschaftswissenschaftlichen Zusammenhänge im Sinne von Darwin und Marx klar. Kampf ist der Trieb, sich selbst zu erhalten, und in diesem Kampf geben viele über Leben; sie scheuen sich nicht, den andern unerschöpflich zu machen. Doch gibt es auch im Kampf lokale Mittel, als da sind: Streikamtlet, Bildung, Denkfähigkeit usw. Wenn wir mit diesen Mitteln kämpfen, so sprechen wir von vernünftiger Ordnung. Um sich nun gegen solche zu schützen, die die Ordnung zerfallen wollen, hat man das Strafgesetzbuch geschaffen. Wohl könnte man der Meinung sein, daß ein Strafgesetzbuch keine schöne Einrichtung ist; aber viele Menschen haben Leidenschaften, die auch nicht schön sind, und da alle Menschen Fehler haben, so würden wir ohne Strafgesetze nicht auskommen. In der modernen Zivilisation sind wir zur Demokratie gekommen, das ist die Herrschaft der Allgemeinheit. In dem fortlaufenden Kampf der Entwicklung ist auch der Kapitalismus entstanden, dessen Prinzip es ist, andere für sich arbeiten zu lassen. Auch hier hat sich etwas herausgebildet, was wir Erfindungskampf nennen, das ist die Konkurrenz oder die Triebkraft, sich selbst zu erhalten; die Konkurrenz zwingt jeden dazu, alle Anstrengungen zu machen, um sich durchzusetzen, um vorwärtszukommen. Durch verschiedene Mittel und Wege hat man nun wiederum versucht, den Konkurrenzkampf auszufallen, und zwar durch Fusionen, Kartelle und Trusts. All diese Maßnahmen haben aber auch die breite Masse veranlaßt, Gegenmaßnahmen zu treffen. In der richtigen Erkenntnis, daß der einzelne nichts erreichen kann, sondern nur die Masse, haben sich die Menschen zu Parteien und Richtungen zusammengeschlossen oder in Gewerkschaften. Die primitive Form des früheren Lebens ist, abgetan, es werden höhere Ansprüche gestellt. Dies wirkt sich aus in höheren Lohnforderungen und bei Verweigerung in Streik oder Aussperrung. Wohl sucht man sich durch Tarifverträge gegenseitig zu schützen. Kommt aber eine Einigung nicht zustande, so wird von staatlicher Seite eingegriffen, und auf diese Weise hat sich das Schlichtungsweisen herausgebildet. Die Verbindlichkeitsklärung ist ein Eingriff des Staates in gewerbliche Rechte. Da das Unternehmertum mit dieser Entwicklung nicht einverstanden ist, hat es sich entschlossen, Reformvor schläge zu machen, dahin gehend, daß der Staat nur bei lebenswichtigen Betrieben eingreifen habe. Allerdings ist hier wieder die Frage, was als lebenswichtiger Betrieb anzusehen ist. Das Buchdruckgewerbe steht man meist nur bei Wahlen oder sonstigen besonderen Anlässen als lebenswichtig an, obwohl man andernteils oft nicht hoch genug die Lebensnotwendigkeit der Presse rühmen kann. Der

**Die alten Drucker und die deutsche Sprache**

Als allgemein bekannt darf vorausgesetzt werden, daß die Bibelübersetzung Luthers wesentlichen Einfluß hatte auf die Entwicklung und Verbreitung der sogenannten hochdeutschen Sprache. Man darf sich aber nicht vorstellen, daß unfre heutige Sprache schon die Sprache Luthers gewesen ist. Es ist z. B. von Sprachgelehrten nachgewiesen worden, daß Luthers Übersetzung über vierhundert heute als veraltet anzupredende Wörter enthält. Am sich ein Bild von Luthers Sprache machen zu können, muß man sich zunächst die Verhältnisse der damaligen Zeit vor Augen führen. Außer den Dialekten der einzelnen Landesgegenden und sogar mancher Orte, wie wir sie ja auch noch heute haben, konnte man im schriftlichen Verkehr, soweit er überhaupt vorhanden war, drei große Sprachgebiete feststellen: das Oberdeutsche, das Mitteldeutsche und das Niederdeutsche, die sich durchaus nicht vereinigen ließen. Da auch sonst kein lebhafter Verkehr vorhanden war, so tauchte das Bedürfnis nach einer allgemeingültigen, ausgleichenden Schriftsprache zunächst auch gar nicht auf. Die Bibelübersetzungen von Luther, deren achtzig heute noch nachweisbar sind, wurden in Mainz, Straßburg und Augsburg in hochdeutscher, in Köln, Lübeck und Halberstadt in niederdeutscher Sprache gedruckt. Es handelt sich hierbei nicht um Übersetzungen aus dem Urtext wie bei Luther, sondern um sogenannte Vulgata, Übertragungen aus dem Lateinischen. Aber seine Sprache hat Luther selbst in seinen Tischreden der Nachwelt folgendes überliefert: „Ich habe keine gewisse, sonderliche, eigne Sprache im Deutschen, sondern brauche der gemeinen deutschen Sprache, daß mich beide, Ober- und Niederdeutsch, verstehen mögen. Ich rede nach der sächsischen Kanzlei, welcher nachfolgen alle Fürsten

und Könige in Deutschland. Alle Reichsstädte und Fürstentümer schreiben nach der sächsischen und unfres Fürsten Kanzlei. Darum ist's auch die gemeinste deutsche Sprache. Kaiser Maximilian und Kurfürst Friedrich, Herzog von Sachsen, haben im römischen Reiche die deutschen Sprachen also in eine gewisse Sprache zusammengezogen.“

Natürlich ging die Verbreitung dieser Sprache nicht sehr schnell vor sich. In Süddeutschland wurde die Frage der Verkehrssprache eng verknüpft mit kirchlichen Dingen. Luther, der Reformator, war für den katholischen Süden ein Keher, dessen Sprache ebenso verdammenst war wie seine Lehren. Hinzu kam aber noch, daß der Gottesdienst in den Kirchen in lateinischer Sprache stattfand. In den nördlichen, evangelischen Ländern wurde hingegen deutsch gepredigt, und zwar oft in Luthers Sprache. Ganz allmählich nahmen auch die Beamten und die Geschäftleute diese Sprache an, worüber die ältesten Zeugnisse aus Magdeburg und Hamburg erhalten sind. Im ersten Viertel des 16. Jahrhunderts berichtet der Hamburger Geschichtsschreiber Cranz: „Es haben ist auch die unfrigen an, sich zu beschließen, den oberen ihr Kirren nachzureden.“ Magdeburg führte 1524 eine hochdeutsche Kirchengordnung ein, Königsberg folgte 1525. Wie Professor Oskar Weise in seinem Werte: „Unfre Muttersprache, ihr Werden und ihr Wesen“, berichtet, leisteten in Braunschweig-Almeburg die Geffischen gegen das Hochdeutsche derartig Widerstand, daß die Regierung gezwungen wurde, das Niederdeutsche beizubehalten.

Die Drucker der damaligen Zeit hatten es wahrlich nicht leicht; sie mußten bedacht sein auf möglichst großen Umsatz ihrer Erzeugnisse, konnten aber nicht anders dazu gelangen, als daß sie die Druckfassen in einer Sprache herausbrachten, die möglichst vielen Deutschen verständlich und

genehm war. Der Verbreitungskreis für Erzeugnisse in der Sprache ihres engeren Landesbezirks war naturgemäß sehr klein. Da aber andererseits gegen Luthers Sprache mannigfache Widerstände vorhanden waren, so mußten sie sich eben von allem völlig unabhängig zu machen versuchen. Wir können also feststellen, daß der Buchdrucker eingriff in die Entwicklung der Sprache. Er ließ sich auch nicht durch die fürstlichen Kanzleien beeinflussen, obwohl er sie zunächst als Vorbild benutzte. Das besondere Verdienst jener alten Buchdrucker aber ist es, daß sie den Sprachgebrauch möglichst illereinstimmend, also einheitlich gestalteten. „Die wichtigsten Druckorte jener Zeit (schreibt Professor Weise) lagen in Ober- und Mitteldeutschland: in Schwaben (Augsburg), am Oberrhein (Basel, Straßburg), in Franken (München), am Mittelrhein (Worms, Mainz, Frankfurt) und in Obersachsen (Leipzig, Wittenberg). Bei allen Druckorten dieser Städte läßt sich erkennen, daß sie zunächst mehr vom örtlichen Sprachgebrauch abhängig waren, sich aber dann, besonders seit etwa 1530, mehr und mehr dem gemeindeutschen näherten. Die Augsburger Drucke kamen in ihren Sprachformen der Kanzlei des Kaiserhofes am nächsten, die mitteldeutschen fanden ihr Ziel ferner. Doch erstielten diese mit der Zeit eine immer größere Bedeutung, einmal deshalb, weil die Reichstagsabschiede am Mittelrhein (Mainz) gedruckt wurden und Frankfurt einer der bedeutendsten Mittelpunkte des Buchhandels war, und sodann, weil die protestantischen Schriften, die überall verbreitet wurden, besonders vom Kurfürstentum Sachsen ausgingen.“

Interessant ist, daß in Basel schon um 1520, in Bern erst um 1560 herum gemeindeutsch gedruckt wurde. Die in Zürich gedruckten Bibeln weisen schon seit 1530 Luthersche Sprache auf. In den Kanzleien jener Städte aber wurde diese Schriftsprache erst viel später eingeführt: in Basel etwa 1580, in Schaffhausen um 1600 herum, Bern folgte etwa

zweite Teil des Referats galt den Hilfsbestrebungen. Wenn auch die Arbeiterkraft durch ihre Kämpfe gegen früher vieles erreicht hat, so ist doch die heutige soziale Gesetzgebung noch nicht als ideal anzupreisen. Der Unternehmer kann für sein Alter Vorsorge treffen, der Arbeiter meist nicht. Um nun doch etwas gegen Alter und Invalidität gesichert zu sein, haben sich die Arbeiter Berufsvereinigungen geschaffen, die allerdings heute noch unter staatlicher Aufsicht stehen. Der Gedanke der Versicherung ist aufgebaut auf dem Solidaritätsprinzip, durch gemeinsame Beitragszahlung ohne Prüfung der Bedürftigkeitsfrage ein Recht, einen Anspruch auf Hilfe, auf Unterstützung zu haben. Da in Deutschland auch die Unternehmer zu den Kassen beitragspflichtig sind, aus der Erwägung heraus, daß sie die Kosten der Arbeiterkraft sind, legen die Unternehmer diese Lasten auf den Warenpreis, wodurch in Ländern mit Sozialversicherungen die Produktion verteuert wird. Um nun hier ausgleichend zu wirken, wird es Sache des Völkerbundes sein, auch in allen anderen Ländern Sozialfürsorgegesetz zur Einführung zu bringen. Neben der Sozialfürsorge bestehen noch andere Hilfsanstalten, wie z. B. die Gewerkschaftskassen und die öffentliche Wohlfahrtspflege, Hilfsfürsorgegesetz, Armenwesen. Auch laufen noch andere private Einrichtungen, die aus irgendwelchen religiösen oder Weltanschauungsgründen entstanden sind. Jeder Arbeiter muß, wenn er denkend ist, sich entscheiden und einer Richtung anschließen. Er kann mit allen verfahren, aber er muß Grundhaft haben und feststehen, das andere Meinung ruhig anhören, ohne aber selbst umzuwallen. Die Arbeiterkraft hat noch schwere Kämpfe auszutragen, um die heutigen Fehler in der Verteilung der Güter auszugleichen. Um dies zu erreichen, muß sie mehr Solidarität, bewußte Mannhaftigkeit üben. Der Gegner ist äh und stark, aber wir sind der festen Überzeugung, daß in den kommenden heißen Kämpfen auch die Buchdrucker ihren Mann stehen werden. In der sich anschließenden Diskussion wurde von verschiedenen Rednern auf die Unzulänglichkeit der staatlichen Altersfürsorge hingewiesen. Um hier eine Besserung zu erreichen, müsse dahin getrebt werden, in alle Ämter von unten bis oben Arbeitervertreter hineinzubringen. Kollege Wislaug gab sodann einen kurzen Bericht zur Situation hinsichtlich Lohnsatz und Mantelkass. Kollege Martini freite die Unterfunktionsleistungen unseres Verbandes mit besonderer Berücksichtigung des Ausbaues der Invalidenunterstützung. Unter „Bescheidenem“ wurden noch lokale Verhältnisse besprochen, bis gegen 4 1/2 Uhr die Versammlung, die manches Lehrreiche und Wissenswerte brachte, ihr Ende erreichte.

**Erlangen.** Am 28. Oktober fand hier eine sehr gut besuchte Bezirksversammlung statt. Vorsitzender Pfister begrüßte die Erschienenen. Der Kassenbericht wurde gutgeheißen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Berichte aus den einzelnen Orten lauteten im allgemeinen günstig. In einem Fischweimer Betrieb werden die Lehrlinge untauglich entloht. Hiergegen sollen die notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden. Ein gleichgelagerter Fall in einem kleinen Betriebe in Erlangen wurde durch das Vorgehen des Vorsitzenden geregelt. An drei Kollegen konnten für 25jährige Verbandzugehörigkeit Verbandsnadeln ausgehändigt werden. Hierauf hielt Kollege Bergmann (Münster) einen sehr interessanten Vortrag über das Thema: „Moderne Typographie“. In anderthalbstündigen Ausführungen verstand er es, an Hand praktischer Beispiele, beginnend mit der griechischen Steinzeit aus dem zweiten Jahrhundert nach Christi, die Entwicklung der Schrift zur modernen Typographie anschaulich darzulegen. Viele Anregungen für die Praxis wurden gegeben. Reicher Beifall lohnte dem Redner. Auch eine vom Kollegen Bergmann ausgelegte Druckfahnenausstellung wurde eingehend besichtigt. Es folgte noch die Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten und ein Rückblick auf den 13. Gewerkschaftskongress durch den Vorsitzenden. — Anschließend brachte ein musikalischer Unterhaltungabend den Kollegen mit Angehörigen noch einige vergnügte Stunden.

**Frankfurt a. M.** In unserer Bezirksversammlung am 23. Oktober behandelte Vorsitzender Nepeck

u. a. die Beschlüsse der Hauptversammlung des DDB, die Schaffung eines Fonds für besondere Zwecke und die Einhaltung der Lehrlingsstapel betreffend. Im Anschluß daran geisterte er mit erfreulicher Schärfe und Deutlichkeit die vorliegende Schreibweise der hiesigen kommunikativen „Arbeiterzeitung“ über unsere letzte Versammlung, als deren Gewährsmänner u. a. zwei Mitglieder anzupreisen sind, die während ihrer Berufsausübung wegen gewerkschaftsfähigen Verhaltens aus anderen Verbänden ausgeschlossen wurden. Kollege Nepeck konnte unter dem Beifall der Versammlung feststellen, daß die Zeit der Toleranz gegenüber den Gewerkschaftskämpfern nunmehr endgültig vorbei sei, und daß mit rückwärtsloser Schärfe gegen sie vorgegangen werde. Ein von der sogenannten Opposition eingereicherter Antrag auf Befreiung einer zehnjährigen Lohnregelung verfiel mit etwa 200 gegen 18 Stimmen dem Übergang zur Tagesordnung, nachdem von Kollegen Nepeck mit Recht darauf hingewiesen worden war, daß dieser Antrag nicht gestellt wurde, um die Not der Kollegen zu beheben, sondern um ein parteipolitisches Agitationsbedürfnis zu befriedigen. Der Sekretär des Ortsausschusses des DDB, Kollege Wisbach, hielt alsdann ein feisendes Referat über den Hamburger Gewerkschaftskongress, wobei er das Verhalten der Kommunisten bei der Jugenddemonstration besonders scharf geißelte. Die Versammlung erklärte sich mit dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat darüber einverstanden, daß sie gegen zwei Stimmen (die Kommunisten hatten vor dem Schlußwort fast alle den Saal verlassen) eine Entschiedenheit annehme, wonach sie „in dem Verlauf des Kongresses einen Beweis für die erneute innere Festigung der Gewerkschaftsbewegung sieht und ihrerzeitens gelobt, alles daranzusetzen, diese Festigung und Geschlossenheit weiter zu fördern und rückwärtslos gegen alle diejenige vorzugehen, die im alleinigen Interesse des Kapitalismus ihre zersetzende Tätigkeit in die Gewerkschaften hineintragen wollen.“

**Freiburg i. Br. (Maschinenseher.)** Die Herbst-Bezirksversammlung des Bezirks Freiburg der Oberrheinischen Maschinenhervereinerung war zum 28. Oktober nach dem nahen Emmendingen einberufen und erzielte sich eines sehr guten Besuchs. Sogar die Orte des hohen Schwarzwaldes waren vertreten. In seinen einleitenden Begrüßungsworten konnte Vorsitzender Hermann Müller als Gäste begrüßen: Bezirksvorsitzer Scheerer (Freiburg), den Vorsitzenden des Ortsvereins Emmendingen, Kollegen Götner, und als Delegierten des Gewerkschaftskartells Emmendingen unsern ehemaligen Kollegen Rallig. Unter den Mitteilungen des Vorsitzenden standen neben lokalen Angelegenheiten das Zirkular Nr. 7 der Zentralkommission sowie ein Rundschreiben der Brandenburgischen Maschinenhervereinerung zur Debatte, von der reichlich Gebrauch gemacht wurde. Ein vorzügliches Referat des Obmanns der Technischen Kommission, Kollege Jette, behandelte unser Schmalzmetall in all seinen Verwendungsarten und Mischungen für die einzelnen Systeme, Kreise und die Legierungen der sonst im Gewerbe benötigten Bleimetalle, deren Reinigung im allgemeinen, Schmelzpunkte usw. und sicherte sich den Dank der mit Interesse folgenden Zuhörer. Zirkulierende Bleiprobe ergab, daß das gesprochene Wort „Unter“, „Bescheidenem“ wurde Freiburg als Legierungsort für die Bezirks-Frühjahrsversammlung bestimmt. Diese soll den Charakter einer Generalversammlung tragen. Mit einem Schlußwort des Vorsitzenden, in dem die Befriedigung über die geleistete Spartenarbeit zum Ausdruck kam, wurde der offizielle Teil geschlossen. — Ein gemüthliches Beisammensein hielt die Kollegen bis zur Abfahrt der einzelnen Züge zusammen.

**Hamburg. (Schriftgießer.)** Am 28. Oktober fand eine außerordentliche Versammlung des Vereins der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende gab zunächst einen eingehenden Bericht über alle deutschen Gießstädte. Leider fehlt es zurzeit im deutschen Schriftgießergewerbe sehr schlecht aus. In allen Gießstädten, Dresden ausgenommen, wird verkürrt gearbeitet, oder aber es sind viele Arbeitslose zu verzeichnen, in Hamburg-Altona z. B. 80 Proz. In einer regen Diskussion wurde den Gründern der Beschäftigten des Gewerbes nachgegangen. Die Mitgliedschaft Hamburg-Altona kann nicht umhin, die unvernünftige Preispolitik unserer Prinzipale in erster Linie als einen Hauptgrund der Notlage unsres Gewerbes zu bezeichnen. Natürlicher ist auch die fortschreitende Technik nicht zu vergessen, die durch Schmalzmaschinen, Offsetdruck, Lublow, Thompson und Th. Gieseler-Maschinen es schwer, wenn nicht unmöglich macht, den In- und Auslandsmarkt zu behaupten oder neue Absatzgebiete zu erschließen. Um nun der Arbeitslosigkeit wenigstens entgegenzutreten zu begegnen, richtete die Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands an die Prinzipalsorganisation das Ersuchen, in Anbetracht des daniederliegenden Gewerbes zu Ostern 1929 keine Lesehänge einzustellen. Auf dieses Schreiben folgte eine schroff abweisende Antwort, die so recht die Denkungsart unserer Prinzipale zeigt. In diesem Antwortschreiben wird gesagt, daß wir, die Gießler also, hauptsächlich die Schuld an der mißlichen Lage unsres Gewerbes hätten. Einmal hätten wir durch den Streik 1925 das Gewerbe schwer geschädigt, dann sei infolge der hohen Löhne eine rationale Produktion überhaupt nicht mehr möglich, auch hätten wir uns geweiigert, Berufsfremde zum Gewerbe zuzulassen. Im übrigen stellt es die Prinzipalsorganisation ihren Mitgliedern anheim, die Beschäftigtenkassa möglichst voll auszunutzen. Die hiesige Mitgliedschaft weist diese Borkwürfe der Prinzipale mit Entrüstung zurück. Die Erledigung einiger interner Angelegenheiten bildete den Abschluß der anregend verlaufenen Versammlung.

**Kempten. (Maschinenseher.)** Die Herbst-Bezirksversammlung der Mäurer Maschinenhervereinerung fand am 28. Oktober in Memmingen statt. Sie war von Kollegen aus Memmingen, Zifferingen und Kempten besucht. Der Vorsitzende gedachte des üblich verunglückten Kollegen Müller, dessen Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Sodann beschäftigte sich die Versamm-

lung in der Hauptsache mit tariflichen und technischen Angelegenheiten, die eine rege Aussprache und entsprechende Beschlüsse zeltigten. Eingehend wurden die verschiedenen Heigungsarten besprochen, wobei die elektrische allgemein begrüßt wurde, wenn auch bemängelt werden mußte, daß noch kein System eine einwandfreie Gleichstrombeziehung herorgebracht habe. Das System „Egnitapp“ sei diesem Gedanken wohl etwas näher gekommen, dürfte aber wegen des immer noch ziemlich hohen Preises wenig Eingang finden. Verschiedene allzu marktfeirische Anpreisungen der Schmalzmaschinenfabriken fanden entsprechende Zurückweisung, wie man auch dem Streben nach Einführung mechanischer Kontrollvorrichtungen den Kampf anlagte. Schließlich nahm die Versammlung noch Kenntnis von dem schon mehr als untauglichen Verhalten eines Kollegen in Bamberg und dem Ausschluß eines Kollegen in Regensburg. Die gegen beide Kollegen angewandten Maßnahmen fanden allseitige Billigung. — Der Nachmittag vereinte die Kollegen zu einer gemüthlichen Zusammenkunft.

**Röthen.** Die Herbst-Bezirksversammlung des Bezirks Dessau fand am 28. Oktober in Röthen-Geug statt. Eingeleitet wurde die Versammlung vom Gesangsverein „Typographia“ (Röthen) durch ein Begrüßungslied. Kollege Hamann (Dessau) begrüßte die Versammlungsbesucher und nun folgten die einzelnen Berichte aus dem Osten. Der Jugenbergs-Kongress hat in Dessau die „Rundschau“ käuflich erworben, wie die Dinge sich demnächst gestalten, muß der Zukunft anheim gegeben werden. Röthen berichtete von einigen Arbeitslosen, daran schlossen sich Zerbst und Bitterfeld. Auch machen sich zahlreiche Durchreisende bemerkbar, ebenfalls ein Zeichen starker Arbeitslosigkeit. Unser Gauvorsitzer König (Salze) sprach über „Aktuelle gewerkschaftliche Tagesfragen“. Beschlüssen wurde u. a., den Verbandsvorstand zu ersuchen, dem Ausbau der Invalidenunterstützung die größte Aufmerksamkeit zu schenken. — Der Mittagstisch schloß sich ein gemüthliches Beisammensein an, verbunden mit Tanzkränzchen und Kabarettentagen, das die Kollegen noch einige fröhliche Stunden zusammenhielt.

**Neudamm.** Nach Vortrag einiger Wieder des Gesangsvereins „Gutenberg-Typographia“, die mit Beifall aufgenommen wurden, eröffnete Bezirksvorsitzer Wilhelm Schroeder die feierliche Bezirksversammlung am 28. Oktober mit herzlichem Begrüßungswort; insbesondere begrüßte er den Referenten, Kollegen Karl Helmholz (Berlin), den Gauvorsitzer Kollegen Gustav Meinte (Stettin) sowie die Vertreter der Nachbarbezirke, Kollegen Pöschel und Krüger aus Frankfurt a. D., Kollegen Grimm aus Rottbus und Kollegen Neimig aus Stargard, ferner den Ortsstellvertreter Winter (Neudamm) und einen örtlichen Vertreter des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken eines in Randsberg verstorbenen Druckerwaldboden in üblicher Weise geehrt. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Kollege Max Hoffmann (Randsberg) einstimmig gewählt. Nach Verlesung der Niederschrift der letzten Bezirksversammlung wurde die Anwesenheitsliste aufgestellt. Sie ergab, daß über 200 Kollegen aus den Bezirksorten anwesend waren. Dem Gesangsverein soll auf Bezirkskosten ein Lied gestiftet werden. Hierauf begrüßte der Vorsitzende des Ortsstellvertreter die Versammlung und betonte, daß Neudamm stets die Hochburg der Arbeiterkraft im Kreise Königsberg gewesen sei, wie die Wahlen bewiesen, und schloß seine Ansprache mit dem Wunsch auf recht ersprießlichen Verlauf der Versammlung. Aus den Situationsberichten der einzelnen Orte war zu entnehmen, daß es in einigen Orten noch immer nicht gelungen ist, die Lehrlingskata auf die richtige Zahl herabzubringen. Sobald ist zu hoffen, daß dies im nächsten Jahre der Fall sein wird. Die Bezahlung ist tariflich und darüber. Dem Bezirksvorstand soll es überlassen bleiben, im nächsten Frühjahr zur Belegungsstellung eine Vertrauensmännerziehung abzuhalten. Das nun folgende Referat des Kollegen Hoholz, „Aus der Zeit — für die Zeit“ überraste durch die aktuellen Streikfragen die versammelten Kollegen. Ausgehend von der Lage des ersten Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses vor nunmehr 60 Jahren in Berlin und von dem ein Jahrzehnt später erlassenen Schandgesetz gegen die ausstehende Arbeiterkraft, kam Redner auf die wichtigsten Epochen der Arbeiterbewegung zu sprechen. Hierauf begrüßte er die jetzt schwebenden gewerkschaftlichen und politischen Tagesfragen und ging dann auf die speziellen Aufgaben und Fragen unsres Berufs ausführlich ein. Allseitiger starker Beifall bewies, daß der Redner mit seinen Ausführungen das Richtige getroffen hatte. In der hierauf folgenden Aussprache, die zwar übereinstimmend mit dem Referenten ergab, erhoben dennoch einige Redner kritische Einwendungen. In seinem ebenfalls beifällig aufgenommenen Schlußwort überlegte der Referent die vorgebrachten Monita. Der alte Bezirksvorstand wurde bis auf zwei Kollegen wiedergewählt, während für die beiden ausstehenden Neuwahlen vollzogen wurden. Der nächste Bezirksstag soll mit dem alten Bezirk Frankfurt in Frankfurt a. D. abgehalten werden. Nachdem noch das Jahrgesetz beschlossen war, brachte Kollege Meinte die Einführung der Lehrlingsordnung zur Sprache. Weiter erlaubte er, die Statistikkommunikate recht genau auszufüllen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß Kollege Schroeder die ausgezeichnet verlaufene Versammlung.

**Potsdam.** Unser Bezirk hielt am 28. Oktober seine Herbst-Bezirksversammlung in Berlin ab. Namens des Bezirksvorstandes begrüßte Kollege Matthei unsern Referenten, Gauvorsitzer Braun, und die als Gäste anwesenden Kollegen Schellenberg und Wendt aus Brandenburg. Der Gesangsverein „Gutenberg“ (Potsdam) brachte hierauf ein Lied zu Gehör. Kollege Braun begrüßte die so zahlreich besuchte Versammlung mit freundlichen Worten. Infolge des Eingehens einer Rundbrieferei in Jossen hat sich der Bezirk Jossen aufgelöst und ist zum Bezirk Potsdam übergetreten. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Kollege May hat als Revisor am Entlastung des Kassierers und die Ortsvereine um plinklichere Ein-

50 Jahre später und Zürich erst zu Ende des 17. Jahrhunderts. In Basel schrieb 1607 der Notar Sattler eine „Leutische Orthographie“, worin er sich gegen den Gebrauch der heimischen Mundart in der Schrift wendet, in Zürich aber tritt der Grammatiker Jakob Rebinger noch 1668 energisch für das Zürcher Deutsch ein. Der Rat der Stadt Bern jedoch gab an die Geistesfreiheit 1671 einen Erlaß heraus, „man solle sich beim Predigen eines ungewöhnlichen neuen Deutsch enthalten, aus welchem den Verständigen nur ärgern und das gemeine Volk in ihrem Christentum nicht unterweisen tue.“

In Bayern wurde zwar das Gemeindeutsch nicht in dieser Weise bekämpft, wohl aber Luthers Sprache; das wurde übrigens schon erwähnt. Man tat das, indem man Luthers Neues Testament von 1622 im Jahre 1627 für süddeutsche Leser von Hieronymus Emser umarbeiten ließ, und der Lutherschen Bibel von 1634 wurde noch in demselben Jahre eine katolische von Dichtenberger entgegengestellt. Der Augsburger Grammatiker Laurentius Albersius (1578) wandte sich eifrig gegen die sich aufdrängende Neuerung; andre Gelehrte benutzten zwar die von Johannes Clajus 1578 in Leipzig erschienene Grammatica Germanicae linguae, wetteten aber gegen die darin zur Nüchternheit genommene „Meißner Sprache“, wie damals Luthers Deutsch genannt wurde. In Stettin wurde die Bibel 1604 zum letzten Male in niederdeutscher Sprache gedruckt, in Lübeck im Jahre 1615, in Hamburg 1620 und in Goslar 1621. In den Kanzleien Hamburgs aber war der Briefwechsel schon seit 1550 hochdeutsch, ohne auf den Verkehr in der Stadt abzugeben. Erst durch die Literatur und den Buchdruck trat hier wie an vielen andern Orten der Umschwung ein. Auch hierbei sehen wir Pionierarbeit der Buchdrucker.

F. J. (Berlin).

sendung der Abrechnungen. Dann sprach Kollege Braun in einem über zweifelhafte Vorträge über „Probleme von heute“. Reicher Beifall zeugte von großem Interesse. Nur wenige Kollegen meldeten sich zur Diskussion. Der Vorstand wurde mit Ausnahme eines Beisitzers wiedergewählt. Unter den Berichten der Orte teilte Kollege Leichmann (Potsdam) mit, daß wir teils im Besitz eines Wohnhauses sind und der Veranlassungsbefehl jetzt ein regerer ist. Die Berichte der übrigen Orte brachten nichts Neues. Unter „Beschriebenem“ teilte Kollege Matzke mit, daß gegen die Kollegen, die in Potsdam in Kondition treten, ohne vorher beim Gauvorsitzer Reine angefragt zu haben, aufs schärfste vorgegangen werden wird. Die Frühjahrsvorstandsversammlung wird in Königswinterhausen abgehalten werden. — Nach der Versammlung fand eine gemeinsame Mittagstafel statt.

**Stendal.** Am 28. Oktober fand hier unsere Herbstversammlung in Lung statt, an welcher etwa 85 Kollegen teilnahmen. Bei den Berichten aus den Bezirksorten wurde festgestellt, daß die tariflichen Verhältnisse als gut bezeichnet werden können, nur in einigen kleineren Betrieben, deren Inhaber nicht dem Buchdrucker-Bereich angehören, erlitten die Lehrlinge nicht die vollen Kostgebühren. Dann referierte Gauvorsitzer Pfingsten (Hannover) über das Thema „Vergangenheit und Zukunft“. Er verstand es in ausgezeichnete, klarer Weise, ausgehend von den letzten Lohnverhandlungen und ihren Wehren, übergehend auf die bevorstehenden und den kommenden Verbandstag unserer Organisation, sehr interessante Mitteilungen zu geben und erzielte dafür lebhaften Beifall. Nach kurzer Diskussion wurden unter Punkt „Beschriebenem“ noch einige interne Angelegenheiten besprochen. — Im Anschluß an die Versammlung hielt noch ein gemüthliches Beisammeln einen Teil der Kollegen bis zum Abgang des Tages beisammen.

**Wilsbiburg.** Der Bezirk Wilsbiburg hatte sein diesjähriges kollegiales Herbsttreffen nach Wilsbiburg verlegt und eine stattliche Zahl Kollegen aus den Druckorten Alt-Neudling, Burgshausen, Eggenfelden, Naag, Laufen, Müllsdorf, Wilsbiburg hatte sich eingefunden. Selbst der Borort Landsburg des Nachbarbezirks hatte eine starke Vertretung entsandt. Die Hauptanziehungspunkte dieses Treffens waren ein Referat „Die Rechtsprechung im Arbeitsrecht“ des Gewerkschaftssekretärs Kollegen Meyer vom Fabrikarbeiterverband und zwei Vorträge, die dankenswerter Weise die Schriftgießerei S. Bertold und die Dresden-Weißiger Schnellpressfabrik zur Verfügung gestellt hatten und bei den Kollegen viel Beifall fanden. Wepers Ausführungen, die in die Praxis des Arbeitsrechts und der Arbeitstätiger Einblick gewährten und die höchstinstanzlichen Entscheidungen unter die Lupe nahmen, fanden dankbare und beifallsfreudige Zuhörer. Wiewohl die meisten Beispiele aus andern Berufen gegeben waren, war dem Vortrag viel des Wichtigsten gerade auch für uns Buchdrucker zu entnehmen. Außerdem wurden verschiedene für eine Tarifrevision zu stellende Anträge besprochen und entsprechende Beschlüsse gefaßt. Als nächster Versammlungsort wurde Burgshausen bestimmt. Die Versammlung war von schönem kollegialen Geiste getragen, und nur zu rasch verfloß die noch verbliebene kurze Zeit gemüthlichen Beisammelns.

**Zeitz.** Am 28. Oktober hielt unser Bezirk in Teuchern seine Bezirksversammlung ab. Nach Eröffnung der Versammlung durch Bezirksleiter Wenzel (Zeitz) machte uns Kollege Hönig (Halle) in einem gutdurchdachten Vortrag mit den „Grundfragen des Arbeitsrechts“ bekannt. Die vornehmste Aufgabe des Gewerkschaftlers ist, in die Grundfragen des Arbeitsrechts einzudringen. Das Arbeitsrecht muß Volkstrecht werden. Die Arbeitsverfassung ruht auf der Reichsverfassung. Keine politische Gewalt vermag die Wirtschaft umzuwälzen. Volksschicksal und Volksschicksal liegen im Arbeitsrecht. Möge ein jeder mithelfen am Ausbau des Arbeitsrechts zum Schutze aller. (Starker Beifall.) Zum Schluß machte der Redner noch einige Ausführungen über die Veränderungen im Schlichtungswesen. Im Anschluß an diesen Vortrag wurde nach zu dem Ende März ablaufenden Lohn- und Manteltarif Stellung genommen. Bei der Berichterstattung über die einzelnen Druckorte kam es zu einer lebhaften Aussprache über die länderlichen Druckorte im Bezirk, in denen es in puncto Schlichtungsfla nicht zum besten steht. Insbesondere geben die Verhältnisse in Hohenmölsen Anlaß zur Kritik. Weil vereinigt die Kollegen der Meinung waren, daß die Gauverwaltung nicht immer ausreichend über die Verhältnisse in den kleinen Druckorten des Bezirks unterrichtet ist und demzufolge auch nicht überall sofort durchgreifen kann, wurde eine Entschuldig eingebracht, die fordert, daß in Zukunft dem Vorsitzenden des Bezirks alle Vollmachten erteilt werden, damit er gegen diese Lehrlingsüberschreitungen vorgehen kann. Es folgte noch die Erziehung verschiedener interner Angelegenheiten. — Im Anschluß an die Versammlung gab der Jahrmart in Teuchern Anlaß zu gefelligem Beisammeln und Fideleitas.

### Allgemeine Rundschau

**Der Machtkampf in der Schwerindustrie.** Unter Berufung auf das Urteil des Duisburger Landesarbeitsgerichts vom 24. November, durch das der Schiedspruch für rechtsgültig erklärt wird, richteten die drei Metallarbeiterverbände an den Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe ein Schreiben, in dem die sofortige Wiedereröffnung der Betriebe gefordert wird. Im übrigen werden die Unternehmer darauf hingewiesen, daß sie von den Gewerkschaften für alle bereits entstandenen und durch Aufrechterhaltung der Aussperrung noch weiterhin entstehenden Schäden verantwortlich gemacht werden. Es ist nach der bisherigen Haltung der Schwerindustriellen nicht anzunehmen, daß sie der Aufforderung der Metallarbeiterverbände nachkommen werden. Im Gegenteil ist mit noch größerer Verschärfung des Kampfes zu rechnen, den die Unternehmer auf Biegen und Brechen zu ihrem Gunsten zu beenden beabsichtigen sind. Vorerst scheinen sie den Entscheid des von Unternehmerseite angerufenen Reichsarbeitsgerichts abwarten zu wollen, auf die — wie neuerdings verlautet — nicht vor

dem 15. bis 20. Dezember zu rechnen ist. Inzwischen liegen die Unternehmer gegen die ihnen begrifflicherweise sehr unangenehme staatliche Unterstützungssaktion der Aussperrten alle Mienen springen. Insbesondere machte sich gegen die Zustimmung der Reichstagsfraktion der Volkspartei zu der Entschließung des Reichstages und gegen den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eine scharfe schmerzinduzierte Opposition geltend, die von der deutschen internationalen Presse stark gefördert wurde. U. a. griff die „Deutsche Zeitung“ Dr. Curtius lebhaft an, „der seine Vertrauensstellung mit dem in solcher Weise verwalteten Amt und auch, genau wie ein Großteil seiner sonstigen Fraktionskollegen, sein Reichstagsmandat nicht zuletzt dem Vertrauen eben jener Industriellen verdankt, gegen die er und seine Fraktion jetzt den Gewerkschaftskampf finanzieren helfen!“ Ähnliche Angriffe richtete die der Volkspartei nahestehende Presse gegen die staatliche Unterstützungssaktion. Es wurde behauptet, daß die Unterstützung gegen die Reichsgrundzüge zur Fürsorgepflichtverordnung verstoße und deshalb eine Verletzung der Staatsautorität bedeute. Diese Behauptung ist jedoch rechtlich ebenso unhaltbar wie die Unternehmerbehauptung, daß der Schiedspruch nicht zu Recht gefällt worden sei. Sie soll nur verdeutlichen, daß die Unternehmer

**Vor jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig Erkundigungen beim zuständigen Gauvorsitzer einzuziehen!**

**Wer diese statutarische Pflicht unbeachtet läßt, der schädigt die Interessen der Organisation und sich selber, denn er hat die Folgen zu tragen!**

**(Siehe Druckortverzeichnis in den Verbandsausführungen auf den Seiten 47 bis 64).**

unter Mißachtung des Rechts ihren Kampf gegen die Reichsregierung fortsetzen wollen. Die Unternehmer stehen nun einmal auf dem Standpunkt, daß der Staat nur den Unternehmern, aber niemals den Arbeitern helfen darf. Dem Druck der Deutschen Volkspartei nachgebend, beschloß sich das Reichsministerium am 28. November mit einer Nachprüfung der Unterstützungssaktion für die Aussperrten. Wie amtlich mitgeteilt wurde, ist beschloßen worden, die Beschlüsse, nach denen in Einzelfällen die Unterstützung der öffentlichen Fürsorge und der Gewerkschaften den Lohn der Aussperrten übersteigen oder nahezu erreichen sollen, nachzuprüfen und erforderlichenfalls die Richtlinien zur Verminderung einer solchen Auswirkung zu ergänzen. Die Aktion der Volkspartei im Kabinett ist also anders verlaufen, als die Unternehmerpresse sich vorgestellt hat. Nach ihrer Auffassung sollte das Ziel sein, die gewerkschaftlich organisierten Aussperrten von der Unterstützung auszuscheiden. Das Ergebnis ist, daß nach Möglichkeit die Unterstützung nicht die Lohnhöhe übersteigen sollen, im übrigen geht die Unterstützungssaktion nach den preussischen Richtlinien weiter, auch die gewerkschaftlich organisierten Aussperrten erhalten noch wie vor die Reichsunterstützung. Und das von Rechts wegen. Das Reich muß die Aussperrten unterstützen, weil die zwölf Diktatoren der Aussperrung einen Privatkrieg gegen das Wohl des Staates führen. Es wäre zweifellos besser, wenn sich die Deutsche Volkspartei bemühen würde, die Schwerindustriellen zum Abbruch der rechtswidrigen Aussperrung und zur Anerkennung des Schiedspruchs zu bewegen, als Schritte gegen die Unterstützung der Opfer des Rechtsbruchs zu unternehmen. Von den christlichen Gewerkschaften wird die Einbringung eines Notgesetzes gefordert, um die Wiedereröffnung der Betriebe zu erzwingen. In parlamentarischen Kreisen besteht infolgedessen die Befürchtung, daß sich der Ruhrkampf politisch überspielen könnte. Die in Aussicht genommenen weiteren Verhandlungen vor dem Düsselbacher Regierungspräsidenten Bergemann am 27. und 28. November haben keine Annäherung der Parteien ergeben. Die Gewerkschaften hatten sich bereit erklärt, den Vermittlungsvorschlag des Regierungspräsidenten anzunehmen. Dieser geht dahin, daß der Schiedspruch erst mit der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts in Wirksamkeit treten und nur bis 1. April laufen soll. Aber selbst diesen Vorschlag haben die Unternehmer abgelehnt. Sie wollen überhaupt los vom Schiedspruch, los von jedem staatlichen Eingriff. Die „hohen Löhne“, die Wirtschaftslage, die Rechtsfrage sind eingetandenermaßen nur Vorwände. Der Kampf gilt der ganzen Sozialgesetzgebung. Unter diesen Umständen schloß der Regierungspräsident die Bepfropfen und teilte den Parteien mit, daß er sie nochmals Sonnabend (1. Dezember) zu sich laden werde, um festzustellen, ob bis dahin eine Änderung in der Auffassung der Parteien — praktisch der Unternehmer — eingetreten ist. Vor dem Scheitern sind die Verhandlungen also nochmals vertagt worden. Die Vertagung gibt einer neuen Vermittlungssaktion Raum, die — wie gemeldet wurde — eine Persönlichkeit von möglichst großer Autorität im Auftrag der Reichsregierung versuchen soll. Das Ziel kann nur sein, ein Ergebnis zu erreichen, das mit der Wahrung der Arbeiterrechte und der Staatsautorität vereinbar ist.

**Erste Feuerprobe des kollektiven Arbeitsrechts.** Das Landesarbeitsgericht in Duisburg hat bekanntlich den Spruch des dortigen Arbeitsgerichts in der Schlichtungsfrage der nordwestlichen Metallindustriellen aufgehoben und eine neue Entscheidung gefällt, die der Arbeiterschaft recht gibt. Professor Dr. Einzheimer, der als Beifand der Gewerkschaften in der Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht fungierte, hat über die Bedeutung des gefällten Urteils einens Korrespondenten des „Berliner Tageblatts“ u. a. folgendes erklärt: „Der Schwerpunkt der ganzen Prozeßführung liegt in dem Gedanken, daß das Schlichtungswesen mit Rücksicht auf das Staatsinteresse unter keinen Umständen ausgeschlossen werden darf. Bei dem Angriff der Arbeitgeberseite handelt es sich nicht nur um einen formalen Einwand, sondern in Wirklichkeit um einen materiellen Angriff gegen eine wichtige Grund-

lage des ganzen Schlichtungswesens. Die prinzipielle Bedeutung des Urteils liegt in erster Linie in der Anerkennung der Gültigkeit des selbständigen Entscheidungsrechts des Vorsitzenden der Schlichtungskammer. Das kollektive Arbeitsrecht hatte seine erste Feuerprobe zu bestehen, und wir dürfen es getreulich feststellen, daß sie diese bestanden hat. Man muß sich darüber klar sein, daß nicht allein um prozeßuale Rechtsentscheidungen, sondern um die Macht des Rechtsgebändens gerungen wird.“

**Internationale Normungsbefreiungen.** Auf einer internationalen Normungskonferenz in Prag, an der neben Deutschland 13 europäische Länder mit insgesamt 80 Vertretern beteiligt waren, kam es zu Übereinkommen über die Eigenschaften von Stahl- und Schmiedestücken, Baustählen und über Abnahmebedingungen der einzelnen Länder für Dampfessel usw. Ferner erfolgte eine Aussprache über die internationale Vereinheitlichung von Papierformaten, Geschäftsbriefbogen, Briefumhüllungen, Zeitungsformaten, Zeitchriften und Büchern.

**Internationale Regelung des Ausstellungswesens.** Auf einer Konferenz, die Mitte November in Paris stattfand, wurde eine Regelung des internationalen Ausstellungswesens in die Wege geleitet. Es kam eine Übereinkunft zustande, an der 40 Staaten beteiligt sind. Diese sieht die Schaffung eines internationalen Ausstellungsamtes vor, dessen Aufgabe es ist, die Veranstaltungen internationaler Ausstellungen zu genehmigen.

**Beränderungen im Vorstand der Volksfürsorge.** Das bisher ehrenamtliche Vorstandsmitglied Otto Streine, Vorsitzender des Verbandes der Maler, ist zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied bestellt worden und tritt sein Amt am 1. Dezember 1928 an. Für den im Juli d. J. verstorbenen Heinrich Kaufmann ist als Genossenschaftsvertreter Hugo Wäfflein, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, und für Otto Streine als Gewerkschaftsvertreter Wilhelm Wolgast, Vorsitzender des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgruppen Deutschlands, in den ehrenamtlichen Vorstand gewählt worden.

**Trübe Aussichten für die Beilegung der Wohnungsnot.** Über die Entwicklung der Wohnungsbauwirtschaft bieten folgende, der Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft“ (Nr. 47) entnommene Zahlen einen sicheren Anhalt: Während 1924 der Reingutgang an Wohnungen 107 000, 1925 bereits 179 000 betrug, konnte er 1926 auf 206 000 und 1927 sogar auf 289 000 steigen, eine Zahl, die auch für 1928 auftreten dürfte. Damit hat seit 25 Jahren der Reingutgang an Wohnungen in den beiden letzten Jahren zum erstenmal den alljährlichen Neubedarf von 225 000 Wohnungen um 65 000 Wohnungen überschritten. Der Fehlbetrag an Wohnungen machte 1928 noch den ersichtlichen großen Umfang von 870 000 Wohnungen aus. Werden nun wie in den letzten zwei Jahren bis zum Jahr 1940 jährlich 290 000 Neuwohnungen erstellt, so bedeutet dies bei einem Neubedarf von 225 000 Wohnungen in den Jahren 1927 bis 1930, von 250 000 Wohnungen in den Jahren 1931 bis 1935, und von 190 000 Wohnungen 1936 bis 1940, daß der Fehlbetrag von 870 000 Wohnungen erst im Jahr 1940 gedeckt werden wird. Wirben aber die Hausinsassenvereine nicht weiter fliehen, wie das große „Interessentenvereine“ (z. B. der Hansabund) erlebten, so könnte der Wohnungsbau im bisherigen Umfange nicht aufrechterhalten werden. Bei dieser Berechnung wurde noch nicht berücksichtigt, daß allmählich durch Verfall eine steigende Zahl von Wohnhäusern ausfallen dürfte, da in den letzten 14 Jahren die Erneuerung oder der Ersatz alter Wohnhäuser so gut wie ganz unterblieben ist. Außerdem stehen aber die Städte immer dringlicher vor der Aufgabe, Häuser und Wohnviertel mit allzu ungeunden und allzu unhygienischen Wohnungen niederzureißen und durch bessere und geeignetere zu ersetzen. Auch ist eine Anzahl von leeren Wohnungen für einen gesunden Wohnungsmarkt unentbehrlich. Unter solchen Umständen würde ein vorzeitiger Abbau der Hausinsassenvereine zugunsten der Hausbesitzer die bestehende Wohnungsnot verewigen.

**Arbeiter, lernt stenographieren!** Die Kurzschrift ist heute ein derart wichtiges Gebrauchs- und Bildungsmittel, daß auch der Arbeiter nicht an ihr vorübergehen kann. Besonders sollte sich jeder in der Arbeiterbewegung Tätige, der als Gewerkschaftsfunktionär, als Betriebsratsmitglied, oder in anderer Eigenschaft auf vorgedrucktem Posten steht, mit der Kurzschrift vertraut machen, die ihm, wenn er sie beherrschen gelernt hat, die geringe Mühe ihrer Erlernung tausendfach vergilt. Freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte sollten sich zwecks Erlernung der Kurzschrift an die zur Verbreitung und Pflege der Kurzschrift speziell geschaffene Organisation halten. Das ist der Arbeiterstenographen der verschiedenen Systeme umfassende Arbeiterstenographenverband für das deutsche Sprachgebiet, der bereits in rund 30 Städten festen Fuß gefaßt hat. Seine Ortsgruppen eröffnen gerade in diesen Wochen wieder neue Anfängerkurse. Durch seine korrespondierende Mitgliedschaft bietet er auch allen denen, die in Orten wohnen, in denen noch keine Ortsgruppe besteht, Gelegenheit zur Teilnahme am brieflichen Unterricht. Man wende sich nur an den Verbandsvorsitzenden Dietrich Selmers, Bremen 3, Burghardstraße 29, oder an den Vorsitzenden der korrespondierenden Mitgliedschaft Hubert Hoch, München-Gladbach-Neuwert, Hohen 165, und man wird bereitwillig jede gewünschte weitere Auskunft erhalten.

**Verurteilung wegen Überfalls auf die freigewerkschaftliche Jugend.** Vor dem Hamburger Schöffengericht hatten sich am 26. November zwei junge kommunifische Weltalter namens Max und Reibe zu verantworten, die beschuldigt wurden, gelegentlich des Gewerkschaftstongresses auf einen Zug freigewerkschaftlicher Jugend mit Pfeffer geworfen zu haben. Die Verhandlung ergab den Beweis, daß der eine der Angeklagten eine Züte mit Pfeffer in seinem Besitz gehabt und mit Pfeffer auf die freigewerkschaftlichen Jugendlichen geworfen hatte. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Pfefferwerfer neun Wochen Gefängnis, gegen den anderen wegen Gefangenenerbefreiung sechs Wochen Gefängnis. Der kommunifische Verteidiger erklärte, Pfeffer sei nicht als gefährliches Werkzeug anzusehen, er verursache nur Tränen. Das Gericht möge seine Mandanten deshalb



Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltene Millimeterhöhe für Stellen- gesuche und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (z. B. Vereine, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

# Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst- erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ mög- lichst nur durch Einzugsauftrag auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 70

**BÜCHERGI LDE GUTENBERG**



**VIELEN DANK KOLLEGEN**

für die eifrige Unterstützung unserer Werbe- woche. Sie hat uns einen schönen Erfolg gebracht. Mehrere tausend neue Mitglieder sind gewon- nen worden, und noch sind nicht alle Meldungen herein, noch ist die Werbearbeit in lebhaftem Fluß. Sie soll es bleiben! Jedes neugewonnene Mitglied erhöht die Leistungsfähigkeit der

**BÜCHERGI LDE GUTENBERG**

Kapide Vermehrung der roten Blutkörperchen. Vergrößerte Blutzellen. Auch für Blutarmer u. Herz- kranke



## Atemnot

insbesondere Asthma, Bronchialkatarrh, Lungentuberkulose, Husten, Verschleimung heilt

die wissenschaftl. anerkannte, in zahlr. Kliniken bewährte, von Professoren u. Ärzten empfohlene

### Prof. Kubnsche Maske

Preis 26,50 M. Nach 3 Größ. Männer, Frauen, Kinder. Verschreib. kostenfrei. Gesellsch. f. med. App., Berlin-Schlachtensee 67.

**Raum- Ton- Musik- Apparat die Sensation**

wirtschaftlich **75%** an

30 neue Modelle. Luxus-Katalog A 21 gratis. Jeder Apparat mit Garantie.



**DEUTSCHE HEIMKUNST, BERLIN 5 11**  
Kommandantenstr. 45  
Geöffnet 9 Uhr

**Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer**

Sonnabend, den 1. Dezember, in der „Funktalle“, Wm. Charlottenburg:

### 66. Gauftistungsfest

Sämtliche Karten sind bereits vergriffen. Eine Abend- kasse findet nicht statt.

**Berliner Korrektorenverein**

Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr, in den „City-Festhallen“, Dreudenre Straße 62:

### Monatsversammlung

Tagesordnung: 1. Neuannahmen. 2. Wahl eines Vertreters für den Gauvorstand. 3. Stellungnahme zu den Anträgen für die Generalfammlung des Gauces. 4. Verschiedenes. [871]  
Vorstandssitzung 9 Uhr.  
Winkeltisches und zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig. Der Vorstand.

**Leipziger Maschinenfabrik-Bereinigungs**

Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Volksheim“, Gartenfaal

### Versammlung

Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. „Belt- und Streifenragen“. Referent: Kollege F. Rüdolph. 3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

**Zwei Schriftsetzer**

die im Anzeigen- und Akzidenzdruck dieses Leseren, werden zum möglichst sofortigen Eintritt gesucht. [878]  
Freybische Buchdruckerei, Naun.

Verlag: Krausdruckerei des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. • Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Carl Heimholz, Berlin SW 61, Dreilindstraße 5  
Annahmestelle für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. • Fernruf für den „Korrespondent“: Berlin, Amt Bergmann 1191, 3141-3145. • Druck: Buchdruckwerkstätte, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5

# Ich wipps Alles!

Dem ich bester den

## Neuen Brockhaus

Handbuch des Wissens in 4 Bänden

erste und einzige vollständige, mehrbändige Konzentration des Wissens. Der Neue Brockhaus gibt mit Wort, Bild u. Bandbreite auf jede Frage klare, sinnvolle Antwort. Aber 2000 Seiten Text, über 10000 Abbild., viele farbige, scharfe Tafeln, Karten u. Übersichten. Band 7 bis 4 eleg. in Goldleinen gebunden je 21 Bk., in gebundenen Halbbänden je 12 Bk. Ich liefere die Bände einzeln nach 3 M., nach gegen Monatszahlungen von nur 3 M., alle 4 Bände auf einmal gegen monatlich 8 Bk. Kein Zeitungsabzuschlag, Zahlungen sofortlos.

**Buchhandlung Carl Blod, Berlin SW 68, Kochstraße 9, Postfach 207 49**

**Wichtigstein:** Ich bestelle bei der Buchhandlg. Carl Blod, Berlin SW 68, Kochstr. 9. U. t. Anzeig. in der Zeit. f. d. Buchdr. den Neuen Brockhaus in 4 Bänden in Goldleinen, je 21 Bk., in Goldprägung je 27 Bk. Die Bände sind einzeln nach und nach sofort zusammen zu liefern, gegen bar - gegen Monatszahlungen von 8 Bk. pro Band - für Band I bis IV zusammen bei sofortiger Lieferung aller 4 Bände Monatszahlungen von 8 Bk. - Der ganze Betrag - die erste Rate - folgt anbei - ist nachzunehmen. (Nichtgenügendes gef. (streichen) Erfüllungsort Berlin. Ort u. Datum: Gland.

## Glas-Christbaumshund

aus erster Hand in nur besserer Ausführung, verfertigt mit Verpackt und spezialfrei. Sortiment je nach Wunsch in Silber oder bunt von 7,50 Mark an per Nachnahme. Händler-Sortiment von 16 M. an und höher. Kein Risiko, Umtausch gestattet. Jeder Sendung ein schönes Weihnachtsgeschenk.

**Max Heumann, Lauscha (Thür.)**  
(Mitglied des Glasarbeiter Verbandes).

## Macco-Wäsche

ist für jeden Berufstätigen die gefändeste. Kein Ritz- gefühl beim Schneiden, daher kein Rheuma und keine Entzündung. Kein Gyllen, kein Einlaufen in der Wäsche, kein Ausbleichen der Mäntel oder Blusen, nach jeder Wäsche immer wieder wie im ersten. Kein Kratzen oder Jucken des Körpers. Die Halbkarkett wird Sie überraschen.

**Das Gute ist das wirklich Billige!**

Wählen Sie uns bitte und schreiben Sie uns. Unser Vertreter besucht Sie unentgeltlich. Viele Ihrer Kollegen sind seit Jahren zufrieden mit Macco. Warum nicht auch Sie? Zahlungswiese nach Ihren Wünschen. Anfertigung nach Maß für jede Figur.

Spezialabteilung für Probierentwürfe.

**Selmann & Feder, Berlin SW 19**  
Waldstraße 28, Spezialversand für Gesundheitswäsche.

## Electric - die neue Erfindung

12 Monate Kredit  
Lange Garantie  
Rate 75 Pfg

### Ganz umsonst u. franco

Prachtkatalog u. Musterblätter

**MUSIKHAUS HANS MUSKAT & Co.**  
BERLIN 5 PRINZENSTR. 98  
TAGLICH GEÖFFNET VON 9-7

## Jard's Mal, ist die Wahl!

Das schönste Geschenk für den Weihnachtstisch ist ein exklusives

### Spical

Versand in 4- und 8 Bk. - Kisten pro Pfund 3,50 Mark ab Gesamtbestand. Bei Nachnahme- sendungen 5 Proz. Nachschlag. In Qualitätsware. Einzeln in 100 g. Packungen. In Qualitätsware. Auf Wunsch werden alle pfundweise gebündelt. Zurücker- gebote bis spätestens 12. Dezember. [879]

**Friedrich Jard, Anrähmererei, Olseebad Ebernforde.**

## Bierkrüge

Glasseidel

mit eingestanztem Stutzenbild, Buchdr. Wappen und Aufschrift „Verband der deutschen Buchdrucker“

**als Jubiläumsgeschenk!**

Sonderanfertigungen mit Vereinsnamen und Widmung, Gravierungen billigs!

**Verlag H. Siegl, München**  
Columbusstraße 1.

## Mehrere Galvanoplastiker

sofort oder später für mittleren Verkehr gesucht. Ausführliche Angebote mit Detailsprachen unter Nr. 884 an die Geschäftsstelle des „Korr.“.

## Das Selbststellen von Klischees

ohne Metall, ohne Photoapparat, für Stein-, Holz-, Metall- und Schwarz-Weiß-Material.

Das einfachste und billigste Verfah- ren für jeden Buchdrucker. Originaltext u. d. Lichterzweck. Verbrauchsanweisung mit einem Anhang: Selbstfert. eines neuen Tonplattenmat., Harzkerot. u. das Reparieren beschädigter Holz- schichten mit Holzspannungen, versehen per Nachnahme 5,00 M. im Voraus 3 M. (780) Kud. Hüllinger, Buchdrucker, Eimbach a. J. (Nöbby), Schleich.

## Werkzeugkasten

Werkz. für Metallschmied, und Buchdrucker. Preis 12,00 M. Carl Heimholz, Max Volz, Leipzig-Gitterhölz, Papiermühlstr. 6. Preis. frei.

## Augsburger

Buchdruckerpresse, innere Rahmenweite 72 x 113,5, **Johannisberger** Buchdruckerpresse mit Uni- versal-Bogenanl., i. R. 71 x 101, billige untergünst. Beding. abzug. Beste Maschinen sind im besten Zustande und durchgehende ver- drucke G. m. b. H., Leipzig C 1, Dölitzstraße 1, Deutsches Buchgewerbehaus.

Verlangen Sie un- terschiedl. Katalog über

## Glas- Christbaumshund

Engelgebäude, Weihnachtsgeschenk, Wupper, Bienen usw. Beste Rabatte. Kein Risiko. Umtausch gestattet.

**Josef Müller, Lauscha**  
Zähringer Wald 100

## Billige böhm. Bettfedern

nur reine, gut- wählende Sorten. Ein Alto graue gefüllte 3 M., gelbbraune 3 M., weiße 3 M., bessere weiße 3 M., 7 M., dau- erhafte 8 M., 10 M., beste 12 M., 15 M., weiße ungefüllte 1,50 M., 2,00 M., beste Sorte 11 M. Versand porto frei, sofort gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rück- nahme gestattet.

**Deutsches Siegel, Kobas Nr. 748**  
bei Pilsen in Böhmen.

## Bostonpresse

Telegl. Schnellpressen, Neu- erfindung von Druckereien.

**Carl Siegl, München 9,**  
Kolombusstraße 1.

## Welcher Kollege

bietet einem Garger Kollegen vom 7. Januar bis Mitte Februar in Berlin Logis? Mög- lich der Guttenstraße be- vorzugen.

Angebote unter Nr. 882 an die Geschäftsstelle des „Korr.“.

Am 26. November ver- schied nach langem Leben unser lieber Kollege, der Ge- ziger [870]

**Emil Gebler**  
in Großhirsberg, im Alter von 69 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Ortverein  
Pulsnitz-Großhirsbergdorf.

Jünger, tüchtiger **Linotypsetzer** sucht für sofortige Stellung. Werte Offerten an [856]  
W. Schulze, Jüterbog, Oberlag 12.

Jum 1. Januar durchaus selbständiger, nicht zu junger **Schweizerberger** (tüchtiger Akzidenzsetzer) ge- sucht. Verstehe muß auch die Buch- und Schichtenarbeit zur Übernahme der Verantwortung auf eines Vorkessers be- fähigt. Eintritt nicht vor dem 1. Januar 1929 erlaublich.

Schriftliche Bewerbungen mit ge- naueren Angaben über beste- hende Tätigkeiten und Gehalts- ansprüche erbeten unter Nr. 880 an die Geschäftsstelle des „Korr.“.

Gesucht für kleinere **Wesinglinienfabrik** Norddeutschlands tüchtiger Vor- setzler, der genügend Erfah- rung und Selbständigkeit zur Übernahme der Verantwortung auf eines Vorkessers be- fähigt. Eintritt nicht vor dem 1. Januar 1929 erlaublich.

Schriftliche Bewerbungen mit ge- naueren Angaben über beste- hende Tätigkeiten und Gehalts- ansprüche erbeten unter Nr. 880 an die Geschäftsstelle des „Korr.“.

**Jung, Akzidenzsetzer** sucht für sofortige Stellung. Angebote an Otto Dieler, Bad Zauchhardt i. Th., Schlosserg. 6.

**Gesichte der Schmalzlinie**  
Von Otto Köhne, 3 M. (Porto 40 Pf.).  
Verlag des Bildungsvorbandes d. D. B., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5.

Am 21. November ver- schied nach langer Krank- heit und erst seit dem 1. Oktober Jura, unser lieber Kollege, der Ge- ziger

**Heinz Dammert**  
im 68. Lebensjahre. 1870

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen treuen und aufsichtigen Kollegen, welcher seine Kraft von Jugend auf stets in den Dienst der Allgemeinheit stellte.

**Bezirksverein Bochum.**  
Ortsverein Bochum.

Am 24. November ver- starb nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer [888]

**Richard Kollische**  
im Alter von 60 Jahren.  
Wir werden sein An- denken stets in Ehren halten.

**G. v. Ohlau i. Schl.**

Berliner **Korrektorenverein**  
Am Sonnabend, dem 24. November, verschied plötzlich unser lieber Kol- lege, der Korrektor 1877

**Karl Schulz**  
im 61. Lebensjahre.

Wir verlieren in dem Dahingegangenen ein langjähriges Mitglied, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Der Vorstand.

Am Sonnabend, dem 24. November, morgens gegen 9 Uhr, verschied gänzlich unerwartet infolge Herzganges unser lieber Mitarbeiter, der Korrektor [875]

**Karl Schulz**  
aus Jagau i. Westf., im 61. Lebensjahre.

Alle, die ihn kannten, werden ihm ein ehrendes Andenken bezeugen werden.

Berlin, 26. November 1928.  
Die Gattin Carl Schulz  
und Verlags-Nr. 6.

Mitten in der Arbeit, an seinem Arbeitsplatze, am 24. November, morgens infolge Herzganges unser lieber Kollege, der Kor- rektor [889]

**Ernst Günow**  
im 64. Lebensjahre.

Seine umfangreiche Kenntnis fremder Sprachen, sein Fleiß und nicht zuletzt sein gödlicher Humor, der unter dem Namen „Alto“ weit über Berlin hinaus bekannt, lassen sich nicht ohne eine empfindliche Lücke bedeuten. Der jo plötzliche von uns Genuß hat sich durch sein wahrhaft kollegiales Verhalten ein bleibendes Gedenken verdient.

Der Verbandsmittglieder der Buchdruckerei, Berlin.